1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 50 vom 16. Dezember 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Ein Jahr Kohl

Eine Bilanz

Seiten 4/5

Albanien, 39 Jahre nach der Befreiung

Sozialistischer Aufbau ohne Schulden, ohne Hilfen und Kredite

Seite 10

Vorverurteilung

Die Debatte um den Bonner Bestechungsskandal wird, vor allem von Seiten der Betroffenen, immer mehr in Richtung einer Debatte um die Art und Weise der Verfahrensführung und der Rolle der Presse gelenkt. Hauptpunkt dieser Beiträge: hier wird unzulässig ***vorverurteilt****. Die „Hüter des Rechtsstaats" sehen Minister Lambsdorff z. B. öffentlich verurteilt, bevor ein Gericht getagt habe.*

Zum einen will man mit dieser Kampagne die kritische Presse treffen. Man darf nicht vergessen, daß es zuallererst kritische Presseberichte waren, Enthüllungen mutiger Journalisten, die einen Einblick in den Bonner Sumpf von Korruption und Bestechung gaben, die die Staatsanwaltschaft zum Handeln zwangen.

Und die Veröffentlichungen aus den Ermittlungsverfahren sind lediglich Beweise dafür, daß es — glücklicherweise — in der Bundesrepublik noch so etwas wie kritischen Journalismus gibt.

Daß die Einzelheiten um den Skandal in Bonn größeres Interesse erwekken, als die Einzelheiten über irgendeinen Hühnerdiebstahl — auch damit müssen die in Bonn leben. Haben sie nicht zuletzt während der Raketendebatte ganz deutlich gemacht, daß sie sich als „gewählte Vertreter", als was ganzBesonderes betrachten, als Leute, die dann alles entscheiden können, so dürfen die Politiker nicht erwarten, daß der Erlaß von Millionen Steuern an Flick —erreicht durch Schmiergelder —als ihre „Privatsphäre" außerhalb der öffentlichen Diskussion steht.

Und nicht zuletzt: Wo waren denn die ganzen „Hüter der Rechtsstaatlichkeit" als vor Jahren eine der größten Wellen der Vorverurteilungen in der Bundesrepublik lief? Wir meinen, die sogenannten „Terroristenprozesse": eben nicht Prozesse gegen „mutmaßliche Terroristen" sondern Terroristenprozesse. Als jeder Angeklagte Bombenleger, Bankräuber, Mörder war, als sogar die Verteidiger dem „terroristischen Umfeld" zugeordnet wurden, aus dieser Vorverurteilung heraus das ganze Strafprozeßrecht geändert — verschärft wurde? Die Einäugigkeit der jetzigen Kritiker der „Vorverurteilungen" ist bemerkenswert.

Tarifauseinandersetzung hat begonnen:

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Gewerkschaftliche Kraft gegen geschlossene Kapitalistenfront tut not

Am Dienstag, den 13. Dezember begannen die ersten Tarifverhandlungen über die Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die in verschiedenen Bereichen ergänzt wurde durch Forderungen gegen Überstunden und für Rationalisierungsschutz. Die Tarifbezirke Südwürttemberg/Hohenzollern, Hamburg und Schleswig-Holstein der IGM begannen ebenso am 13.12. wie die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, in den nächsten Tagen folgen die anderen Bezirke.

Die Kapitalistenverbände nutzten diesen Auftakt nochmals, um nachdrücklich ihre Ablehnungsfront zu demonstrieren. Stihl vom baden-württembergischen Metallindustriellenverband betonte, die Einigkeit in der Ablehnung sei so stark wie noch nie, Kirchner von Gesamtmetall hetzte, diese gewerkschaftliche Forderung sei das größte Arbeitsplatzvernichtungsprogramm, das er kenne.

Diese Reaktion, stets aufs engste mit verschiedenen Drohungen verbunden, zeigt nochmals deutlich, wie sehr die Kapitalisten diese Forderung ablehnen — weil es tatsächlich ein Schritt wäre, die Folgen der Krise ihres Systems einmal nicht auf die arbeitenden Menschen abzuladen, sondern sie selbst dafür bezahlen zu lassen. Was natürlich weder in die wirtschaftlichen noch in die politischen Pläne des Kapitals und seiner Wunschregierung hineinpaßt.

Ohne Streik wird da nichts zu machen sein, darüber ist man sich wohl auch beim IGM-Vorstand im Klaren. Nur: Ob dieser



Streik konsequent vorbereitet und geführt wird, oder ob die berühmte Geheimtaktik so aussehen wird, daß sie den Kapitalisten ein breites Feld für Angriffe über Aussperrung und Demoralisierung bietet, das wird eine ganz entscheidende Frage für den Ausgang dieses Kampfes werden, deren Verantwortung gerade bei der IGM-Führung liegen wird.

Dies um so mehr, als ja in den letzten Wochen abermals deutlich wurde, daß der geschlossenen Front des Kapitals keineswegs eine auch nur annäherungsweise so geschlossene Front der Gewerkschaftsbewegung gegenübersteht — die spalterische Tätigkeit des rechten Flügels der Gewerkschaftsführungen hat sich zu Genüge erwiesen. Obwohl es natürlich innerhalb dieser Gewerkschaften genügend Kräfte gibt, die sich ebenfalls für diese Forderung nach der 35-Stunden-Woche stark machen, was man unterstützen muß.

Aller kapitalistischen Propaganda entgegen muß daran festgehalten werden, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich der einzige Weg ist, die Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf die werktätige Bevölkerung zu mildern, die Reichen die Kosten für die Krise ihres Systems bezahlen zu lassen und die pausenlos gesteigerte Arbeitshetze zu bremsen. Unsere Partei wird diesen Kampf mit aller Kraft unterstützen.



12. Dezember:

Zehntausende demonstrierten für den Frieden

Zehntausende Menschen beteiligten sich am 12.12. an den Aktionen des ersten nationalen Widerstandstages der Friedensbewegung. Unser Bild entstand bei der Lichterkette von Dortmund nach Duisburg. Während diese Aktionen weitgehend ohne Zwischenfälle abliefen, schlug die Polizei zum Beispiel in Frankfurt-Hausen, dort, wo ein Pershing-II-Depot belagert wurde, mit äußerster Brutalität zu.

Auf vielen Kundgebungen meldeten sich auch Gewerkschafter zu Wort. Gegen die US-Raketen und für die 35-Stunden-Woche demonstrierten Tausende Metaller in Schwäbisch-Gmünd.

Am 11. Dezember fand in Dortmund das Fest der „Sportler für den Frieden" in der Dortmunder Westfalenhalle statt. 10000 Menschen besuchten diese Veranstaltung, an der Spitzensportler aus aller Welt sich beteiligten.

Weitere Berichte, vor allem über die Frankfurter Aktionen, auf Seite 9.

PLO zum Abzug aus Tripoli bereit

Israel droht mit Militäreinsatz

Die Informationsstelle Palästina hat den folgenden Bericht nach letzten Informationen aus Nah-Ost zusammengestellt. Wir veröffentlichen ihn im vollen Wortlaut:

Bonn, 8.12.83 — Laut einem bisher nicht offiziell bekanntgegebenen Abkommen wird die PLO innerhalb der kommenden vierzehn Tage aus Tripoli abziehen. Nach Angaben verschiedener Nachrichtenagenturen und Erklärungen des griechischen Regierungssprechers hat Griechenland am Donnerstag auf Wunsch Yassir Arafats vier Transportschiffe nach Tripoli beordert, die die dort belagerten vier- bis fünftausend Kämpfer der PLO an Bord nehmen sollen. Als Aufnahmeländer für die palästinensischen Feddayin wurden Tunesien und Nordjemen genannt.

Am vergangenen Samstag hatte der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen dem Ersuchen Yassir Arafats stattgegeben, den Abzug der PLO unter der Fahne der Vereinten Nationen durchzuführen. Die gesamte Operation wurde denn auch unter die Obhut des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Javier Peres de Cuellar gestellt.

Gegen den Beschluß des Weltsicherheitsrates hat die israelische Regierung heftig protestiert. Der israelische Ministerpräsident und Ex-Terrorist Yitzhak Shamir wollte ein Piratenstück auf hoher See gegen den PLO-Konvoi nicht ausschließen. Der frühere Verteidigungsminister und Verantwortliche für die Massaker von Sabra und Shatila, Ariel Sharon, hatte dem israelischen Kabinett den Vorschlag unterbreitet, die PLO nicht ungehindert abziehen zu lassen. Shamir erklärte auf Anfrage hierzu, die israelische Regierung habe diese Angelegenheit diskutiert und werde alle ihre gemachten Vorschläge sorgfältig prüfen, auch den Operationsplan von Ariel Sharon.

Angesichts dieser offenen Drohung, mit der sich die israelische Regierung brüsk über den Beschluß der Vereinten Nationen hinwegsetzt, hatte PLO-Chef Arafat am Donnerstag in Tripoli gefordert, daß französische, sowjetische und griechische Kriegsschiffe den Konvoi der PLO von Tripoli aus begleiten sollten. Zur Stunde ist nicht bekannt, ob eine entsprechende Zusage gemacht wurde.

Mit der Evakuierung der PLO aus Tripoli geht ein mehr als dreiwöchiger Krieg zu Ende, in dem syrische und libysche Truppen mit Unterstützung prosyrischer Organisationen in der PLO und der Rebellen in Fatah unter Abu Musa und Abu Saleh versucht hatten, die PLO militärisch niederzuringen und unter ihre Kontrolle zu bringen. Doch die Beschießung der palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared und Baddawi mit Raketen und Granaten hat nicht nur unter Palästinensern Entsetzen und Abscheu ausgelöst. Zu offenkundig war, daß hier arabische Regime jenes Werk vollenden wollten, daß die israelische Armee im Sommer 1982 in Beirut begonnen hatte. Innerhalb von anderthalb Jahren wird die PLO damit zum zweiten Mal aufs Meer getrieben. Doch die Odyssee des palästinensischen Widerstandes geht damit keineswegs zu Ende.

Aber auch dieser erzwungene militärische Rückzug hat die PLO nicht zu einem Instrument in den Händen arabischer Regime werden lassen. So bitter die Lage nach Tripoli auch ist und selbst wenn der jetzige Abzug schwerer wiegt als der aus Beirut, hat die PLO doch ihre Unabhängigkeit verteidigen und bewahren können. Ihr Widerstand war nicht umsonst.

Für die nächsten Monate wird die Einberufung des Fatah-Generalkongresses und möglicherweise eine neue Sitzung des palästinensischen Nationalrates erwartet, auf denen sowohl über politische Reformen als auch über die weitere Strategie des palästinensischen Widerstands beraten werden wird. Beobachter erwarten weitreichende organisatorische Veränderungen in al-Fatah und auch in Struktur und Aufbau der PLO.

Nach vier Tagen Debatte durchgepeitscht

Wendehaushalt verabschiedet

Stoltenberg stolz auf Sozialabbau

„Stetigkeit und Verläßlichkeit" seien die Grundzüge der Finanzpolitik und Haushaltspolitik dieser Bundesregierung. So Originalton des früheren Krupp-Managers und heutigen Finanzministers Stoltenberg. Den Etat '84 nannte er ein „gutes Zwischenergebnis". Was schon von vornherein klar machen soll, daß diese Koalition den Kurs des Sozialabbaus und der systematischen Umverteilung von unten nach oben auch künfitg fortzusetzen gedenkt.

Umfangmäßig liegen die Streichungen im sozialen Bereich sowie in der Bildungspolitik etwa auf demselben Niveau wie im letzten Jahr — da waren die ursprünglichen Ansätze auch zu einer Gesamtkürzung von rund 10 Milliarden Mark in diesen beiden Bereichen ausgewachsen — fürs nächste Jahr liegen die Planungen bei 6,7 Milliarden, was auf ein ähnliches Endergebnis schließen läßt.

Herausragend dabei die Kürzung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, eine typische kapitalistische Krisenmaßnahme, die bereits vor über fünfzig Jahren der Beginn einer massenhaften Verarmung breitester Bevölkerungsteile gewesen war und es nun von neuem sein soll. Scharfe Kürzungen auch im gesamten Bereich der Behindertenpolitik von den Eltern, die ihre behinderten Kinder zu Hause erziehen bis zu den den in beruflicher Rehabilitation befindlichen Kollegen leiden sie besonders unter der der „Zuverlässigkeit" der Stoltenberg und Co.

Auch alle anderen Bereiche, wie Mutterschaftsgeld, Sozialhilfe und Sozialversicherungsbeiträge bis hin zu den Renten werden beschnitten, wie es auch ganz zentral bei den Personalausgaben im öffentlichen Dienst geplant ist und dort eben gerade nicht für die Großverdiener, sondern in erster Linie für tarifliche Angestellte und Arbeiter. Neben den Geldzuweisungen für solche Aufgaben, die immer mehr beschnitten werden, ist es vor allen Dingen wichtig, zu registrieren, daß eine ganze Serie von Gesetzesänderungen stattgefunden hat, die genau zum eigentlichen Ziel der Regierungskoalition dienen, nämlich nicht nur zu kürzen, zu beschneiden, sondern Systemveränderung zu betreiben. (Siehe auch nebenstehenden Kommentar). Die Umwandlung zahlreicher Anspruchsrechte in Kann-Bestimmungen erlaubt es, auf dem unauffälligeren und undurchsichtigeren Verwaltungsweg eine solche Systemveränderung, eine konservative Gegenreform des Sozialwesens zu organisieren.

„Wir sparen zur Sicherung des Sozialsystems" — diese einst bei der SPD-Regierung gängige Schutzbehauptung zur Verteidigung des Sozialabbaus, die wird in dieser Regierung nur noch von Norbert Blüm verbreitet, die anderen Ministerialen sind längst dazu übergegangen, die Wahrheit zu sagen, Tacheles zu reden. Sie sprachen in der Debatte ganz offen von den notwendigen Opfern — natürlich zugunsten der „armen" Reichen.

In aller Deutlichkeit zeigte die Debatte im Bundestag, daß es dort keine Opposition gibt, die eine formulierte, ausgearbeitete Alternative besitzt, demzufolge wurde eine solche im Parlament auch nicht angesprochen. Die Bandbreite in der SPD reicht von jenen, die zaghafte Überlegungen in Richtung einer gesonderten Besteuerung der Reichen anstellen, bis hin zu jenen, die für sich in Anspruch nehmen, daß die SPD ja für diesen „Aufschwung", der für die Bundestagsabgeordneten Wirklichkeit zu sein schien, die entscheidenden Vorleistungen gebracht hätte, mit den Kürzungen der Jahre '81 und '82.

Nun sollte man sicherlich diese damaligen Kürzungen nicht vergessen, vor allem dann nicht, wenn sich führende SPD-Politiker als soziale Anwälte der Werktätigen darstellen wollen. Aber die Ausführungen des sogenannten Haushaltsexperten der SPD, Wieczorek, in dieser Debatte sind schon erstaunlich. Auch die SPD, so Wieczorek, halte den Abbau des staatlichen Defizits für vordringlich. Wofür er Lob bekam — von seinem „Kollegen" Experten von der CDU. Womit die SPD gleichzeitig auf die „Aufschwung-Debatte" der Regierungsparteien aufsprang.



Kritischere Töne kamen da von einzelnen Abgeordneten der Grünen, die auch und gerade diesen sogenannten Aufschwung mit der bundesdeutschen Wirklichkeit für die arbeitenden Menschen konfrontierten und dabei dann leicht nachweisen konnten, daß es für sie keinerlei Art von Aufschwung gibt — höchstens bei den Zahlen der Arbeitslosen, die trotz allem weiter ansteigen und nicht zuletzt der Teil, der aus den Statistiken herausfällt. Ein sinnvolles, klar umrissenes Gegenkonzept aber wurde auch in den besten Beiträgen wie von E. Stratmann nicht deutlich.

Unter diesen Umständen blieb den Vertretern der Regierungsparteien auch viel Raum für ihre verlogene Propaganda. Wie frech da gelogen wurde, zeigten — als Spitze des Eisbergs — Blüms Märchenstunden über die ach so stark zurückgegangene Zahl von Jugendlichen, die ohne Arbeit seien. Er ging so weit in die Gegenoffensive, daß er der SPD vorwerfen konnte, sie habe mit ihrer Vermutung, Ende '83 werde es rund 3 Millionen Arbeitslose geben, Angstpropaganda betrieben. Und dies wagte er, obwohl deutlich ist, daß diese Zahl, berücksichtigt man eben genau jene, die „aus der Statistik fallen" durchaus zutreffend die heutige Lage beschreibt.

Die jetzt im Bundeshaushalt beschlossenen Kürzungen werden, einmal mehr, mit den Verabschiedungen von Landeshaushalten, mit den Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen, eine summierende Wirkung haben. Im Laufe des nächsten Jahres werden diese Maßnahmen für viele werktätige Menschen, ob sie einen Arbeitsplatz haben oder nicht, schmerzlich spürbar werden. Der DGB hatte in einer Stellungnahme den Entwurf des Haushaltes scharf kritisiert, ein Entwurf, der nun verabschiedet ist. Fragt sich, ob die DGB-Führung bereit sein wird, gegen diese Entscheidung „unserer" freigewählten Regierung, wie Ernst Breit und seine Mannen stets beflissentlich bekunden, auch Widerstand zu leisten. Denn Widerstand tut not, gewerkschaftlicher und vor Ort.

Alle Jahre wieder dasselbe? Die Bundestagsdebatte über den Haushalt für 1984 zeigt das Gegenteil. Kürzung ist eben nicht gleich Kürzung. Und es handelt sich nicht nur darum, daß mehr gestrichen wird, daß verstärkt Sozialabbau betrieben wird.

Das war schon — ansatzweise — im Etat '83 ersichtlich gewesen. Die Veränderungen, die Kohls Truppe da kurzfristig in den ursprünglichen SPD/FDP-Entwurf hineinarbeiteten, hatten genau diese Stoßrichtung: vom Beschneiden von Ausgaben, von zahlreichen einzelnen Kürzungen hin zur Systemveränderung. Dieses Jahr wurde deutlich, daß genau das wirklich der Unterschied im Kern ist. Denn das große Geld will eben nicht nur einfach weniger Ausgaben für Soziales aus der Staatskasse — dazu war auch die SPD-Führung bereit und in der Lage, und sie hat ja genügend eigene Reformen wieder abgeschafft. Nein, was die Reichen dieses Landes wollen, ist überhaupt eine grundlegende Wende in der Sozialpolitik (um hier nur dieses Feld zu nennen).

Es wird gewendet ...

Im Kern getroffen wird diese Entwicklung durch die 27 Gesetzesänderungen, die im Zuge der Haushaltsdebatte von den Regierungsparteien verabschiedet wurden. Mit 26 davon werden die Maßnahmen zum weiteren, nun eben systematisierten Sozialabbau abgesichert. Und zugleich wird durch diese Kaskade von Änderungen auch weiteren Plänen und ganzen Serien konkreter Maßnahmen der Weg geebnet. Immer wieder werden dabei sogenannte Kann-Bestimmungen anstelle von bisherigen Ansprüchen eingeführt. Das ist der Marsch durch die Institutionen, mit dem das von der CSU jahrelang so wortgewaltig geforderte „Subsidiaritätsprinzip" eingeführt werden soll, was bedeutet, daß staatliche soziale Leistungen nur noch ersatzweise, also wenn Familie usw. nicht mehr in der Lage sind zu helfen, „gewährt" wird. Dagegen sieht das 27. Gesetz, das da neu verbraten wurde, eine ganz einfache Maßnahme vor: die sogenannte steuerliche Entlastung der Wirtschaft. Der politischen Grundhaltung des Kapitals und dieser seiner Wunschregierung gemäß, nachdem es den Reichen ganz schlecht und den Armen viel zu gut geht, wird hier ganz einfach nach dem Motto „Umverteilung nach oben" verfahren.

Daß dabei weitere Ausgabensteigerungen, vor allem für die Aufrüstung und Steuergeschenke ans Kapital, vorgesehen sind, mag keinen überraschen — außer die, die an solche Wahlslogans Kohls wie „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" auch noch geglaubt haben.

Es ist ein Haushalt, bei dem noch nicht einmal ansatzweise versucht wurde, eine sogenannte Ausgewogenheit vorzuspiegeln, sondern in dem klar beinhaltet ist, daß sozialer Kahlschlag zugunsten der Tresore der Monopole und Banken, zugunsten der Millionäre und Milliardäre organisiert wird.

Die Einwände der Oppositionsparteien blieben — natürlich — unbeachtet, auch wenn sie noch so fragwürdig waren. Während die SPD sich nach wie vor nicht traute, dem Rüstungsetat etwas entgegenzusetzen, sondern stets ihre Unterstützung für die Bundeswehr unterstrich, hatten die Grünen hier eine Reihe von Kürzungsvorschlägen. Wobei sie auf der anderen Seite — sicher nicht gerade im Sinne der werktätigen Klassen — eine erneute Erhöhung der Mineralölsteuer forderten.

Keine einzige Stimme im Bundestag war da, die auch nur einigermaßen konsequent in einer Richtung wie „Die Reichen sollen die Krise bezahlen" argumentiert hätte — was auch wenig überraschend war.

So werden die Wende-Milliarden verteilt, ohne daß auf der parlamentarischen Ebene eine echte politische Alternative aufgezeigt worden wäre, sondern es blieb, trotz einzelner Redebeiträge aus den Reihen der Grünen und der SPD bei stark schaumgebremster Teilkritik.

Bleibt natürlich zum einen die Frage, ob dem etwas entgegengesetzt wird auf der Ebene der Länderregierungen — vor allem, versteht sich, unter den aktuellen Bedingungen in Hessen — und, in erster Linie und vor allem, im außerparlamentarischen Kampf. Denn da ist der Ort, wo diese reaktionäre Politik zu Fall gebracht werden kann.

Helmut Weiss

Erneut reaktionäres Urteil des Bundesarbeitsgerichtes

Betriebsräte bleiben ohne Einfluß auf Bildschirmarbeitsplätze

KASSEL. — Nur wenige Wochen nach dem BAG-Urteil über die Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten bei Überstunden (siehe verschiedene Berichte im RM), das bereits Betriebsratsrechte weitgehend einschränkte, urteilte nun der erste Senat des BAG auch im Falle der Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen gegen Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte.

Die konkrete Klage hatte der Gesamtbetriebsrat der Panam eingereicht und eine generelle Mitbestimmung des Betriebsrates bei der Einführung der 70 (von 1500) Bildschirmarbeitsplätzen gefordert. Dies wurde abschlägig beschieden — ein Urteil, das von vornherein als Musterurteil gewertet wurde, denn zu dieser Frage stehen zahlreiche Auseinandersetzungen an.

Das Urteil lautet klar und eindeutig, ein Mitbestimmungsrecht im allgemeinen gäbe es für den Betriebsrat nicht. Punkt. Dazu wurden verschiedene Begründungen angeführt, von ungenügenden gesundheitsbeobachtenden Untersuchungen bis hin zum Mutterschutzgesetz, das gegen die Forderung nach Verbot von Bildschirmarbeit für Schwangere ausgespielt wurde.

Noch nicht einmal Augenuntersuchungen wollten die hohen Herren Richter den an Bildschirmen arbeitenden Werktätigen zubilligen. Dieses Urteil ist natürlich wichtig gerade im Angesicht der bevorstehenden umfangreichen Ausweitung solcher Arbeitsplätze. Die Richter haben sich dabei — einmal mehr — für das Funktionieren des kapitalistischen Produktionsprozesses, gegen die Gesundheit der Belegschaften ausgesprochen.

Auch in bezug auf Überwachung und Leistungskontrolle sahen die Kasseler Richter keine Gefahren — es sei denn, es gäbe speziell hierfür gefertigte Programme. Was nun zur Überwachung wirklich nicht not tut.

Von den verschiedenen Forderungen zur besseren Bezahlung und erweiterten Pausenregelungen wollten sie ebenfalls nichts wissen.

Ohne Zweifel ergibt diese Bilanz ein rundum reaktionäres Urteil. Was nun, andererseits, wirklich nicht das Neue ist an den Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes, seit langem eine Bastion der Unternehmerwillkür, bzw. der Ort, an dem sie rechtlich abgesegnet wird.

Das Neue an diesem Urteil ist, daß es in einer Reihe steht mit einer ganzen Serie von Entscheidungen, die in dieselbe Richtung gehen (wie etwa das eingangs erwähnte Urteil über Mitbestimmung bei Überstunden), die allesamt die wenigen konkreten Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei allen Neuerungen von vornherein wegfegen, bei älteren Streitpunkten zunehmend einschränken.

Offensichtlich ist es dringend Zeit für die Gewerkschaftsbewegung, für die Betriebsräte hier verstärkt und koordiniert Front zu machen, den Kampf für betriebliche Regelungen zu verstärken und eine Revision dieses reaktionären Urteils durch gewerkschaftlichen Druck zu erreichen.

Ankündigung

Im Januar erscheint eine Dokumentation mit den Materialien des V. Parteitags der KPD. Die Dokumentation erscheint als Sondernummer der „Kommunistischen Hefte" zum Preis von 6, —DM.

Inhalt:

Politischer Bericht — Politische Resolutionen — Grußadressen — Bericht über den V. Parteitag der KPD

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Der Kampf für bessere Ausbildung an den Bremer Kliniken verstärkt sich

Ein Senator in Nöten

(Korrespondenz aus Bremen)

Über 3000 Unterschriften, genau 3652, sammelten die Auszubildenden in der Krankenpflege im Land Bremen gegen die Verschlechterung ihrer praktischen Ausbildung und der schlechteren Versorgung der Patienten.

An verschiedenen Aktionstagen in den Stadtteilen, der Innenstadt, der Uni und auch auf den Stationen der verschiedenen Krankenhäuser sammelten wir die Unterschriften.

Schon am 9.11. vereinbarten wir einen Termin, um die Unterschriften dem Gesundheitssenator Brückner zu übergeben. Wir rührten natürlich kräftig die Werbetrommeln. Ca. 100 unserer Kollegen und Kolleginnen wollten mitgehen. Da wurde der Senator von einer Schulleiterin gewarnt — und sagte den Termin ab. Die offizielle Begründung war: er müsse in die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft. Das hat er auch schon vorher gewußt!

Am 2.12. war es dann endlich so weit. Der Herr Senator hat wohl gedacht, daß am Freitag nachmittag nicht so viele kommen würden. Aber es wurden wieder über 100, der Hörsaal war gedrängt voll.

Natürlich informierten wir das Lokalfernsehen. Der Brückner erklärte sich zunächst auch bereit, die Leute zuzulassen. Dann schien ihm aber plötzlich einzufallen, daß es haarig für ihn werden könnte, und er lud die Presse aus, dafür die Schulleiterinnen und -schwestern ein. Den Presseleuten sagte er: das darf nicht öffentlich sein, weil da persönliche Probleme der Auszubildenden zur Sprache kämen.

FÜR DEN ERHALT ALLER ARBEITSPLÄTZE!

ötv

KEIN PERSONALABBAU IM KRANKENHAUS!



So? Sind das unsere persönlichen Probleme:

• Ab 1.11. Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, auch für die Kliniken. Das bedeutet, daß freiwerdende Stellen nicht wieder besetzt werden — wir also noch mehr als jetzt schon in den Stationsdienst mit eingeplant werden!

• Die Patienten erfahren weniger qualifizierte Pflege und Betreuung, weil zusehends „billiges" Personal, nämlich Auszubildende die Arbeit machen.

• Die praktische Ausbildung wird noch schlechter, die neue Generation der examinierten Pflegekräfte entsprechend schlechter.

Jaaaaa, wenn der Senator erzählt!

Es ging hoch her, wir machten unserer Empörung reichlich Luft. Und er lavierte, wand sich wie ein Aal und versuchte die politische Verantwortung auf die Krankenkassen abzuwälzen. Denn diese „Bösen" seien es, die die Preise, die das nun mal kostet, nicht zahlen wollen.

Er „vergaß" nur, daß die Krankenkassen sich nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 richten, verabschiedet von der sozial-liberalen Regierung.

Und wer bitteschön macht Gesundheitspolitik, die Krankenkassen? Er stellte sich als armer Einzelkämpfer für die humane Pflege für die Verbesserung der Ausbildung, für die Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan, dar — aber leider, leider: er stünde da auf verlorenem Posten.

Jaaaa, wenn der Senator erzählt...

Auf die Frage, wie verantworte er denn solche Beschlüsse wie den zur Kostendämpfung, den Einstellungsstopp — „Wann ich zurücktrete, entscheide ich."

Ja, so ist das in unserer Demokratie. Da kann einer noch so viel Mist machen...

Diese Veranstaltung war ein gutes Lehrstück für uns alle. Wir sind entschlossen, weiter Kampfmaßnahmen zu überlegen und durchzuführen. Der Herr Senator soll ja nicht glauben, daß er nun in Ruhe gelassen wird.

Übrigens, auch wenn das Fernsehen Hausverbot hatte — wird sind doch in „Buten & Binnen" kurz aufgetreten, und so bekam die Bremer Bevölkerung einen kleinen Eindruck.

Der Reporter kam vorher und wir versammelten uns alle vor der Klinik.

Eine Auszubildende aus Bremen

Betriebsratswahl 84

Persönlichkeitswahl bei HDW Kiel?

Die RGO-Betriebsgruppe bei HDW in Kiel hat Anfang Dezember mit einer Ausgabe ihrer betrieblichen „RGO Nachrichten" die öffentliche Debatte um die bevorstehende Betriebsratswahl eröffnet. Wir drucken dieses Flugblatt im folgenden ab, auch als Dokument dafür, wie in vielen Großbetrieben der gegenwärtige Stand der Debatte ist.

Am Donnerstag, dem 8. Dezember 1983, ist Vertrauensleuteversammlung. Auf der Tagesordnung steht: *„Diskussion und Abstimmung über die Kandidatenfindung zur Betriebsratswahl 1984"*.

Die RGO-Betriebsgruppe hat in einem offenen Brief an den Vertrauensleutekörper der IGM vorgeschlagen, im gewerblichen Bereich bei HDW nur eine Liste, eine Belegschaftsliste, aufzustellen, auf der jeder Kolllege kandidieren kann, unabhängig von seiner Organisationszugehörigkeit und politischen Überzeugung. Das ermöglicht eine echte Persönlichkeitswahl, d.h. jeder Kollege kann auf dieser Liste bis zu 23 Kandidaten ankreuzen, die wirklich sein Vertrauen haben. In den Betriebsrat kommen dann die 23 Kollegen, die am meisten Stimmen erhielten.

Bei den vergangenen Betriebsratswahlen konnten die gewerblichen Arbeitnehmer nur zwischen zwei Vorschlagslisten wählen. Sie mußten sich entscheiden zwischen Liste der IGM und Liste der RGO. Und wenn sie an beiden Listen etwas auszusetzen hatten, weil ihnen z.B. die politische Richtung der RGO oder bestimmte Kandidaten auf den ersten Listenplätzen der IGM nicht paßten, waren sie praktisch gewzungen, auf eine Wahlbeteiligung zu verzichten.

Die meisten Kollegen halten die Listenwahl für undemokratisch, weil sie ihren direkten Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Betriebsrates ganz erheblich einschränkt. Die meisten Kollegen wünschen deshalb die Persönlichkeitswahl!

Auf der Vertrauensleutesitzung am letzten Dienstag wurde deutlich, wie einige führende Funktionäre der IGM zu dem Wahlvorschlag der RGO-Betriebsgruppe für Persönlichkeitswahl durch Belegschaftsliste stehen:

Entweder ist es unter ihrer Würde, auf einer gemeinsamen Liste mit uns, den Kandidaten der RGO zu stehen, oder sie haben Angst davor, bei einer Persönlichkeitswahl nicht wiedergewählt zu werden.

Alfons Frach, der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers, erklärte: Wenn die RGO eine Persönlichkeitswahl will, braucht sie ja nur auf die Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten. Oder die RGO-Betriebsräte treten wieder in die IGM ein und kandidieren mit auf der IGM-Liste.

In beiden Fällen bleibt dann nur noch die Liste der IGM übrig, und schon haben wir die Persönlichkeitswahl.

Wer hat den Schwarzen Peter?

Scheinbar hat Frach vergessen, was für Bedingungen er selber uns gestellt hat, als wir ihm unsere Anträge auf Wiederaufnahme in die IGM gegeben haben. Unter anderem verlangte die IGM-Führung von uns, daß wir uns von der RGO distanzieren. Wir sollten erklären, daß es falsch ist, die kämpferischen, oppositionellen Kollegen in der Gewerkschaft zusammenzuschließen, um gemeinsam und planvoll darauf hinzuarbeiten, daß die Gewerkschaften wieder zu starken Kampforganisationen der Arbeitnehmer werden. Man verlangt von uns also, daß wir lügen. Und wenn wir schon nicht lügen wollen, sollen wir doch mindestens das Maul halten und keine eigenen Kandidaten für die BR-Wahl aufstellen.

Tatsächlich, auch dann gäbe es eine Persönlichkeitswahl, allerdings unter Ausschluß der Kandidaten der RGO, unter Ausschluß der konsequenten Opposition gegen die Politik hinter verschlossenen Türen, gegen das Schachern mit den Belegschaftsinteressen, gegen die Sozialpartnerschaftsstrategen, die zu jeder neuen Schweinerei des Vorstands nur ja und amen sagen.

Aber: Was unterscheidet die BR-Wahl dann noch von den sogenannten demokratischen Wahlen in bestimmten Ländern, wo die Machthaber eine ernstzunehmende Opposition gar nicht erst zur Wahl zulassen?

Alfons Frach und seine Gesinnungsgenossen wissen genau, daß wir uns auf solche Art Kuhhandel niemals einlassen können und wollen. Wir sehen in dieser Argumentation nur den armseligen Versuch, der RGO die Schuld in die Schuhe zu schieben, wenn es auch 1984 keine Persönlichkeitswahl gibt.

Kolleginnen und Kollegen!
Gebt euren Vertrauensleuten den Auftrag, auf der bevorstehenden Sitzung sich für eine Belegschaftsliste einzusetzen.

Eine Belegschaftsliste ist unter den gegebenen Voraussetzungen die einzige Möglichkeit, eine wirkliche Persönlichkeitswahl durchzusetzen.

Jetzt hängt alles von der Entscheidung des Vertrauensleutekörpers ab.
Für Persönlichkeitswahl durch Belegschaftsliste!

Für Persönlichkeitswahl '84!

Aus „Der Motor", Betriebszeitung der KPD für VW Emden

Privatisierungspläne bei VW — wer sahnt ab?

In der letzten Ausgabe des „Motor" befassen sich die Genossen mit den jüngst vielbesprochenen Absichten, VW weiter zu privatisieren. Dabei wird deutlich, was die Belegschaft bei einer solchen Maßnahme zu verlieren hätte — keineswegs eine theoretische Debatte um staatliche oder halbstaatliche Betriebe, sondern eine ganz konkrete Fragestellung.



Kaum war die Wende in Bonn vollzogen, forderten die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel und Walter Leisler-Kiep — beide Mitglieder des Aufsichtsrats der VW AG — die Privatisierung VWs. Also den Verkauf des Aktienanteils vom Bund (20%) und des Landes Niedersachsen (ebenfalls 20%).

Dann wurde es still um diese Forderung. Bis vor kurzem Birgit Breuel auf dem Baugewerbetag in Braunschweig erneut die Privatisierung ansprach. Rükkendeckung erhält sie dabei vom Vertreter des Bonner Finanzministeriums im VW-Aufsichtsrat, Walter Leisler Kiep.

Warum Privatisierung? Der Hintergrund ist folgender. Die VW AG hat in den letzten Jahren immer Gewinne gemacht. Es sind Rückstellungen in Höhe von 3,7 Milliarden vorhanden, weiter freiwillige Rücklagen von mehreren Hundert Millionen DM, die steuerfrei sind. Derartige Rücklagen müssen aber für besondere Risiken sein. Wenn sie gegenüber dem Finanzamt nicht mehr begründet werden können, müssen sie versteuert werden oder dem Grundkapital zugeführt werden, was zu einer Kapitalerhöhung führt. Das letztere geschieht durch die Ausgabe von „Gratis-Aktien" an die Aktionäre.

Für eine solche Kapitalerhöhung würde bei der VW AG der z.Z. hohe Aktienwert an der Börse sprechen. Deswegen soll VW wahrscheinlich auch nicht sofort privatisiert werden, sondern erst später. Denn durch eine Kapitalerhöhung würden ja auch die Gewinne des Bundes und des Landes Niedersachsen beim Verkauf ihrer Aktienpakete erhöht.

Wer profitiert davon? Der kleine Mann nicht. Sondern es ist so, wie kürzlich der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz sich dazu in Wolfsburg äußerte:

„...Eine Mehrheit der Volksaktionäre (gäbe) ihre Anteilscheine nach kürzester Zeit wieder ab und die Papiere häuften sich bei den Banken. Dieses bedeute eine weitere Verstärkung des Einflusses der Großbanken und der großen Unternehmen." So sind die **Deutsche Bank** mit Wilhelm Christians und die **Dresdner Bank** mit Hans Friderichs bereits im Aufsichtsrat vertreten wie auch der Oberchef der **Robert Bosch GmbH**, H.L. Merkle und K.G. Ratjen von der **Metallgesellschaft AG**.

Es ist wahrscheinlich, daß diese Banken bzw. Konzerne die Gelegenheit nutzen werden, um ihren Kapitalanteil an der gewinnbringenden VW AG zu erhöhen. Zumal diese z.Z. aufgrund ihres hohen technischen Standes an der Weltspitze der Automobilindustrie liegt. Das höchste Ziel der Banken und Konzerne ist, maximalen Profit zu machen.

Dadurch würde automatisch ihre politische Macht, ihr direkter Einfluß auf die Strategie von VW verstärkt werden. Und wer weiß, vielleicht hat auch das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co, an dem Frau Birgit Breuel selbst beteiligt ist, ein Interesse, sich einzukaufen??

Was sind die Folgen? Auch dazu gibt es klar Aussagen unserer Frau Ministerin. Was nämlich die Gewerkschaften angeht, so ist sie der Meinung, daß „die betriebliche Machtverteilung besser austariert" werden muß. „Ich halte es beispielsweise für denkbar, daß in Unternehmen, wo eine Gewerkschaft die Mehrheit im Betriebsrat stellt, dieselbe Gewerkschaft über kein Aufsichtsratsmandat mehr verfügen sollte."

Das sind eindeutige Worte: die Gewerkschaften sollen raus aus den Aufsichtsräten, die Mitbestimmung — so minimal sie auch sein mag — abgeschafft werden. Vielleicht ist dann noch ein Plätzchen frei für CMV-Vertreter? Denn die verfügen ja bekanntlich nicht über eine Mehrheit im Betriebsrat...

Auf jeden Fall ist das eine Kampfansage an unsere Einheitsgewerkschaft, die wir und die IG Metall nicht hinnehmen dürfen. Man sieht, wie weitreichend die Pläne der „Wende"-Politiker gehen!

Sollten sie Wirklichkeit werden, wird die VW AG mit größter Wahrscheinlichkeit dazu übergehen, Massenentlassungen offener und brutaler durchzudrücken. Der Haustarif würde geknackt werden, der dem Arbeitgeberverband schon lange ein Dorn im Auge ist.

Sozialleistungen wie Verschickung, Sonderzahlung, Weihnachtsgeld oder die Pausenregelungen — all das stünde auf der Abschußliste!

Die IG Metall muß handeln! Sie darf nicht wieder abwarten, was da wohl auf uns zukommt. Sondern sie muß Klarheit fordern von Bund und Land, alle Kollegen aufklären, Öffentlichkeit schaffen, so daß diese Privatisierungspläne undurchführbar werden.

• **Keine Privatisierung der VW AG!**

Nach einem Jahr:

Kohls Bilanz — eindeutig: Alles für die Reichen

Auf Heller und Pfennig: Gewinner und Verlierer nach einem Jahr Kohl

In sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen in Bochum kursiert die im folgenden abgedruckte Bilanz der Kohl-Regierung nach einem Jahr Regierungswechsel. Eine nützliche Sache — trotz der Tatsache, daß natürlich (?) die Maßnahmen der Schmidt-Regierung vorher außen vor gelassen werden.

Arbeitnehmer

„Wir machen eine Politik, die Arbeitsplätze schafft. Aufschwung für alle." So haben CDU und CSU im Wahlkampf geworben (und mit dem Investitionsstreik gedroht). Viele Bürgerinnen und Bürger haben der Propaganda vertraut. Doch ihre Bilanz nach einem Jahr Regierung Kohl sieht so aus:

Monatliche Mehrbelastungen für Arbeitnehmer. Beispiel: Arbeitnehmer, Lohngruppe 2, Eisen- und Stahlindustrie NRW, verheiratet, 2 Kinder, Klasse 12 und 13. Alleinverdiener, 2160,— DM brutto pro Monat.

Ersetzung der Kinderbetreuungskostenpauschale durch einen Kinderfreibetrag bei der Besteuerung	7,— DM
Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung (insgesamt 0,55%)	11,00 DM
Streichung Schüler-BAFÖG	520,00 DM
Mieterhöhung (7,7% für Altbauten in NRW) abzüglich Wohngeld	8,00 DM
Rezeptgebührenerhöhung (1 Rezept pro Monat)	0,50 DM
Belastung durch Mehrwertsteuererhöhung	15,00 DM
Summe:	561,50 DM

Dazu kann noch kommen:

Im Fall einer Kur von 30 Tagen einmalig	300,00 DM
14 Tage Krankenhausaufenthalt eines Familienmitgliedes pro Jahr (je 5,— DM pro Tag)	70,00 DM
Bei mehr als 6 Wochen Krankheit Kürzung des Krankengeldes um	11,55%

Für Arbeitnehmer mit einem um wenige hundert DM höheren Einkommen führt die Zwölftelung der Einmalzahlungen (Weihnachts/Urlaubsgeld) bei der Berechnung der Beiträge zur Sozialversicherung zu Mehrbelastungen. Bei 3500,00 DM brutto und 13 Gehältern pro Jahr rund 200,00 DM Mehrbelastung im Jahr; bei 3000,00 DM brutto immerhin noch 120,00 DM.

Und das haben sie von der Regierung Kohl bekommen:

Die Zahl der Arbeitslosen steigt, die Zahl der Arbeitsplätze schrumpft. Die Arbeitsplätze sind unsicherer denn je.

Die Arbeitnehmer in der Kohle-, Stahl- und Werftindustrie müssen miterleben, wie diese Regierung ganze Branchen zusammenbrechen läßt, ohne ein Konzept zu entwickeln.

Der Druck in den Betrieben nimmt rapide zu. Die Krankmeldungen sinken immer schneller. Nicht weil die Arbeitnehmer gesünder geworden sind, sondern weil jeder Angst hat.

Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeit, Bildungschancen für ihre Kinder: all das ist kein Thema mehr.

Arbeitslose

Die Regierung Kohl hat den Aufschwung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versprochen. Die Realität ist: Die Arbeitslosen, ohnehin die Hauptleidtragenden der Krise, sollen den Gürtel noch enger schnallen. Viele leben hart am Existenzminimum:

62 Prozent aller Arbeitslosengeldempfänger haben weniger als 1000,00 DM Arbeitslosengeld im Monat.

63,6 Prozent aller Arbeitslosenhilfeempfänger haben weniger als 800,00 DM Arbeitslosenhilfe im Monat.

Die neuen Belastungen: Beispiel: Arbeiter in der hessischen Elektroindustrie, angelernte Tätigkeit, 50 Jahre, verheiratet, Kinder erwachsen. Brutto-Monatslohn vor der Arbeitslosigkeit 1620,00 DM,

Arbeitslosengeld (alt) (68%)	825,00 DM p. Monat
Arbeitslosengeld (neu) (63%)	766,00 DM p. Monat
Verlust	59,00 DM p. Monat

Dazu kommen noch:

Arbeitslosenhilfe (alt) (max. 58%)	704,00 DM p. Monat
Arbeitslosenhilfe (neu) (56%)	681,00 DM p. Monat
Verlust	23,00 DM p. Monat

Dazu kommen noch: Wohngeldkürzungen für Arbeitslose. Kürzungen der Zuschüsse des Arbeitsamtes für Ausgaben bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz. Kürzungen bei der Förderung von Umschülern und anderes.

Und das haben die Arbeitslosen für ihre „Opfer" bekommen: Die Chance, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen, ist geringer denn je. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit steigt an. Viele Arbeitslose sind auf die Sozialhilfe angewiesen.

Die Regierung Kohl bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen.

Frauen und Familien

In Worten machen sich Kohl, Geißler und Blüm immer wieder für Frauen und Familien stark.

Die Wirklichkeit sieht anders aus:

Die Zwölftelung der Einmalzahlungen für die Beitragsrechnung der Sozialversicherung belastet viele verheiratete berufstätige Frauen besonders stark, weil sie durch die Lohnsteuerklasse V ohnehin ein sehr schlechtes Netto-Bruttoverhältnis bei ihrem Arbeitslohn haben.

Die Verschärfung der Voraussetzungen für den Erhalt einer Erwerbsunfähigkeitsrente trifft vor allem Frauen. Wer z. B. fünf Versicherungsjahre nachweisen kann, aber in den letzten 15 Jahren nicht mindestens drei Jahre berufstätig war, bekommt keine Erwerbsunfähigkeitsrente mehr. (Über die Hälfte der jährlichen Neurenten für Frauen waren bisher Berufsunfähigkeitsrenten.)

Die Neuregelung des Mutterschaftsurlaubs wird es vielen berufstätigen Frauen unmöglich machen, nach der Geburt längere Zeit bei ihren kleinen Kindern zu bleiben. Verlust 1200,00 DM (— 40 %)

Die Einsparungen bei der Witwenrentenabfindung bei Wiederheirat gilt zwar auch für Witwer, diese machen aber nur einen Bruchteil der Fälle aus.

Durchschnittliche Witwenrente 713,00 DM pro Monat (60% der durchschnittlichen Versichertenrente in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung) Verlust: 25700,00 DM.

Weitere Regelungen, die vor allem Frauen bzw. Familien treffen: Streichung Schüler-BAFÖG. Umstellung Studenten-BAFÖG auf Volldarlehen. Kürzungen beim Wohngeld für Alleinerziehende mit Kindern (überwiegend Frauen). Kürzungen der Sozialhilfe. Halbierung der Ausbildungsfreibeträge.

Und was haben Frauen und Familien bekommen: Außer sehr vagenVersprechungen nichts.

Rentner

Im Wahlkampf und in der Regierungserklärung wurde den Rentnern Ruhe in der Rentendiskussion versprochen. Dafür wurden von ihnen Opfer verlangt:

So werden Rentner belastet: Beispiel: Rente eines Durchschnittsverdieners nach 40 Versicherungsjahren 1205,00 DM pro Monat (Stand 1. 1. 1983). Auswirkung für 1983 (pro Monat im Jahresdurchschnitt)

Rentenanpassung 1983: 5,6%	+ 67,50 DM
Verlust durch die Verschiebung der Anpassung um ein halbes Jahr sowie durch 1% Rentnerkrankenversicherungsbeitrag ab 1. 7. 83	— 40,10 DM
Belastung durch Mehrwertsteuererhöhung	— 8,00 DM
Belastung durch Rezeptgebührenanhebung 1 Rezept monatlich	— 0,50 DM
Mieterhöhung (Altbau, Miete 350,00 DM im Monat, 7% Mieterhöhung)	— 24.50 DM
Einkommensverlust 1983	— 5,60 DM
zusätzlich: Kaufkraftverlust durch Preissteigerung (rund 3,5%)	— 41,70 DM
Gesamtergebnis 1983	— 47,30 DM





Auf Heller und Pfennig: Gewinner und Verlierer nach einem Jahr Kohl

Auswirkung für 1984:

Rentenanpassung gemäß Neuregelung (rd. 3,4%) unter Berücksichtigung der Anpassungsverschiebung und der Erhöhung des Rentnerkrankenversicherungsbeitrag auf 3% ab 1. 7. 84	+ 35,60 DM
Kaufkraftverlust durch Preissteigerung (rd. 3,5%)	— 41,70 DM
Ergebnis 1984	— 6,10 DM
Gesamtverlust 1983/84	— 53,40 DM

Das sind 4,4% reale Einkommenseinbuße.

Weitere Verschlechterungen für Rentner:

Wegfall des Kinderzuschusses zur Rente, statt dessen nur noch das niedrigere Kindergeld. Dies trifft vor allem Frührentner.

Drastische Kürzung der Witwen- und Witwerabfindung bei Wiederheirat um 60 Prozent.

Drastische Erschwerung für den Erhalt einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Für schwer- und schwerstbehinderte Rentner treffen zahlreiche Kürzungen zusammen (Wohngeld, Freifahrten im öffentlichen Personennahverkehr etc.).

Und das haben die Rentner für ihre „Opfer" bekommen:

Die Rentenfinanzen sind jetzt wirklich in Unordnung. Die Finanzen der Rentenversicherungsträger wurden von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit abhängig gemacht, indem die Bundesanstalt für Arbeit nur noch um fast die Hälfte niedrigere Rentenbeiträge für die Arbeitslosen zahlt. Grund: Der Bundesfinanzminister wollte einige Milliarden DM bei den Zuschüssen zur Arbeitslosenversicherung einsparen.

Wie die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung 1984 aussehen soll, ist völlig unklar.

Jugendliche

„Unser Staat braucht die zupackende Mitarbeit der jungen Generation. In diesem Jahr werden alle Jugendlichen, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, eine Lehrstelle erhalten können." Kohl in seiner Regierungserklärung, Mai 1983.

Aber so werden Jugendliche behandelt:

Das Schüler-BAFÖG ist gestrichen. Verlust max. 6420,00 DM pro Jahr.

Das Studenten-BAFÖG ist auf Darlehen umgestellt. Schulden nach Beendigung des Studiums: mehr als 30000,00 DM.

Das Arbeitslosengeld für Jugendliche, die nach Beendigung ihrer Ausbildung arbeitlos werden, wird um 33% gekürzt.

Und das haben die Jugendlichen bekommen:

Die Lehrstellengarantie wird nicht eingehalten: Mindestens 97000 sind Ende August 1983 noch ohne Ausbildungsplatz.

Die Jugendarbeitslosigkeit steigt rapide an. Gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent.

Die von der Bundesregierung mit verschuldete Finanznot der Gemeinden und Länder trifft besonders Jugendliche, weil viele Kürzungen im Bereich der Jugendarbeit erfolgen, Eintrittsgelder erhöht werden etc.

Behinderte

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es unsere Pflicht, für die Eingliederung unserer behinderten Mitbürger in Beruf und Gesellschaft zu sorgen." So sagte Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung. In Wirklichkeit macht diese Regierung auch vor den Behinderten nicht halt:

Facharbeiter in der hessischen Metallindustrie, 45 Jahre, verheiratet, Kinder erwachsen, Brutto-Monatslohn vor Unfall 2000,00 DM. Berufliche Rehabilitationsmaßnahme im Internat.

Übergangsgeld (alt) 70%	1400,00 DM pro Monat
Übergangsgeld (neu) 65%	1300,00 DM pro Monat
Selbstbeteiligung wegen Internatsunterbringung (neu)	180,00 DM
	= — 280,00 DM

Beispiel 2

Antragsteller im hessischen Bankwesen, 40 Jahre verheiratet, 2 Kinder, Brutto-Monatsgehalt vor Unfall 2500,00 DM. Wegen Kopfverletzung Umschulung auf manuelle Tätigkeit im Internat.

Übergangsgeld (alt) 80%	2000,00 DM pro Monat
Übergangsgeld (neu) 75%	1875,00 DM pro Monat
Selbstbeteiligung wegen Internatsunterbringung (neu)	120,00 DM
	= — 245,00 DM

Dazu kommen: Wohngeldkürzungen, Mieterhöhungen, Einschränkung der Freifahrt für Behinderte, Einschränkung der KfZ-Steuerbefreiung.

Und das haben die behinderten Mitbürger dafür erhalten:

Erstmals wird bei der Behandlung der Behinderten wieder unterschieden, woher die Behinderung rührt. Verschiedene Kürzungen gelten für Kriegsopfer und Verfolgte nicht. Die sozial-liberale Koalition hatte diese Ungleichbehandlung in ihrer Regierungszeit abgeschafft.

Gerade Behinderte sind von der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit betroffen.

Unternehmen, Selbständige, Einkommensbezieher mit über 5000 DM pro Monat

Dieser Teil der Bevölkerung soll der Träger des Aufschwungs sein. Weil sie in Produktivvermögen investieren könnten, werden sie so gut wie nicht belastet:

Allenfalls geringfügige Zinsverluste durch die rückzahlbare Zwangsanleihe. Das weit unter den angeblichen Erwartungen liegende Aufkommen aus der Anleihe macht deutlich, daß wirklich nur gutverdienende Arbeitnehmer zahlen müssen. Selbständige zahlen nur in extremen Ausnahmefällen.

Kindergeldkürzungen für Einkommen über 62000,00 DM brutto (Ehepaare) bzw. 53000,00 DM brutto (Alleinerziehende).

Die Liste der Wohltaten für diesen Personenkreis ist sehr viel länger:

Erweiterter Schuldzinsenabzug für selbstgenutzte Eigenheime. Volumen 400 Mio. DM.

Einführung eines Kinderfreibetrages als Ersatz für die Abschaffung der Kinderbetreuungskosten. Der Ertrag ist um so größer, je höher das Einkommen ist. Volumen: 1,6 Mrd. DM.

Steuerfreie Rücklagen bei Übernahme stillgelegter oder von Stillegung bedrohter Betriebe. Volumen: 190 Mio. DM.

Gewerbesteuerentlastung 1983. Volumen 1,5 Mrd. DM.

Vermögenssteuersenkung für Betriebsvermögen. Auf den Freibetrag von 125000,00 DM entfallen 250 Mio. DM, auf die nur noch 75%ige Anrechnung des Betriebsvermögens bei der Vermögensberechnung entfallen 910 Mio. DM. Gesamtvolumen: 1,16 Mrd. DM.

Vermögenssteuersenkungen für Körperschaften. Volumen 300 Mio. DM.

Senkung der Steuerbelastung für verbundene Unternehmen (Konzerne). Volumen 80 Mio. DM.

Sonderabschreibungen. Volumen: 1 Mrd. DM.

Sonderabschreibungen für Investitionen für Forschung und Entwicklung. Volumen: 300 Mio. DM.

Erhöhung des Verlustrücktrages von 5 auf 10 Mio. DM. Volumen 200 Mio. DM.

Erhöhung des Steuerfreibetrages bei Betriebsveräußerungen von 60000,00 DM auf 120000,00 DM. Volumen: 40 Mio. DM.

Nicht einmal unterhalb dieser kleinen begünstigten Bevölkerungsgruppe gibt es aber eine Gleichverteilung der Entlastungen. **Der Löwenanteil der Wohltaten entfällt — z. B. bei der Vermögenssteuerentlastung — auf Vermögen über 2,5 Mio. DM und auf Großunternehmen.** Die Sonderabschreibungen nützen letztlich nur gutverdienenden Unternehmen, die auch einen zu versteuernden Gewinn abzuschreiben haben. Die Sonderabschreibungen für Forschung und Entwicklung bewirken wenig, weil zum Beispiel für kleinere Unternehmen die Personalkosten für Forschung und Entwicklung ein sehr viel größeres Problem sind. In großen Unternehmen sind Forschung und Entwicklung so langfristig angelegt, daß die Sonderabschreibungen zwar mitgenommen werden, aber keine zusätzlichen Investitionen anregen.

Insgesamt werden die Steuergeschenke nicht zu zusätzlichen Investitionen führen, denn: Investitionsentscheidungen sind nicht von der nachträglichen Verbesserung der Gewinne für längst vorgenommene Investitionen abhängig, wie sie durch die Vermögenssteuersenkung eintritt. Entscheidend sind die zukünftigen Absatzerwartungen, die Auslastung der Kapazitäten, die erzielbaren Erträge.

Diese Kriterien verschlechtern sich durch die Politik der Regierung Kohl, da auf Kosten der privaten und staatlichen Nachfrage nur die flüssigen Mittel in den Unternehmen vergrößert werden. Finanziert werden so allenfalls Rationalisierungsinvestitionen. Obwohl anderes behauptet wird, gibt es auch keine gezielte Förderung für kleine und mittlere Unternehmen. Ihnen würde eine wirkliche Belebung der Konjunktur, eine Entlastung bei den Kosten, die durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit entstehen und die gezielte Eröffnung zukunftsträchtiger Investitionsfelder weit mehr nützen.

Fazit: Die Politik der Regierung Kohl für Unternehmen und Selbständige nützt nur denen, die erwarten können, auch aus einer länger anhaltenden Krise gestärkt hervorzugehen. Das sind die Unternehmen, die auch jetzt gut verdienen und die Krise zur Stärkung ihrer Marktmacht nutzen. Kleine und mittlere Unternehmen, Unternehmen in Krisenbranchen, werden auf der Strecke bleiben. Und mit ihnen Hunderttausende von Arbeitsplätzen.



Kühnens Wohnung in Pinneberg: Staatsschützer mit säuberlich verpacktem Nazi-Material

Pressedienst Demokratische Initiative gibt auf

Zum 31. Dezember stellt eine antifaschistische Initiative ihre Arbeit ein, die in den vergangenen Jahren mit einer Fülle von Broschüren und Nachrichtenblättern zur Aufklärung vor allem über das Treiben der alten und neuen Nazis, ihre Verbindungen zu den Unionsparteien und wesentliche Aspekte der Politik dieser Parteien selbst beigetragen hatte: Der Pressedienst Demokratische Initiative (PDI) muß angesichts nicht mehr zu bewältigender finanzieller Schwierigkeiten aufgeben. Damit wird auch die Herausgabe des immer informativen Nachrichtenblattes „Blick nach rechts" eingestellt, das von Georg Benz, Bernt Engelmann, Detlef Hensche, Horst Klaus, Ursula Pausch-Gruber, Peter Riemer, Fritz Sänger, Ernst Waltemathe und Klaus-Peter Wolf mit Kurt Hirsch als verantwortlichem Redakteur herausgegeben wurde. Wir bedauern sehr, daß sich der PDI und der Herausgeberkreis des „Blick nach rechts" zu diesem Schritt gezwungen sahen. Wenn sie in der letzten Ausgabe des „Blick nach rechts" schreiben: „In unserer Plattform heißt es: ‚... Hieraus ergibt sich die Aufgabe, gegen antidemokratische, reaktionäre und neofaschistische Tendenzen zu kämpfen ...'. Diese Verpflichtung besteht fort. Wir hoffen, daß Abonnenten, Mitglieder, Freunde, Kolleginnen und Kollegen in den Redaktionen diesen Kampf weiterführen." — dann können wir ihnen für unseren Teil versichern: machen wir. Als Teil der Bemühungen unserer Partei, zum Zustandekommen einer breiten Front des Volkes gegen Reaktion und Faschismus beizutragen.

ANS endlich verboten — wie geht es weiter?

Innenminister Zimmermann hat die faschistische Terrorgruppe Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) verbieten lassen.

Die Forderung nach diesem Verbot (und dem aller anderen Nazi-Organisationen) war in der Vergangenheit immer wieder von antifaschistischen Organisationen und Parteien gefordert worden, Gewerkschaftsverbände hatten sich dafür ausgesprochen, sogar zwei Innenminister von Bundesländern hatten sich dementsprechend erklärt. Dennoch war der aktuelle Druck auf Zimmermanns Büro sicher nicht so groß, daß man das Verbot heute erwartet hätte. Nicht zuletzt deshalb hat dieser Schritt des erzreaktionären und faschistenfreundlichen Bundesinnenministers auch auf der Linken Erstaunen und zum Teil sogar Verwirrung hervorgerufen.

Wir meinen: Das Verbot war längst überfällig. Es ist gut, daß es endlich ausgesprochen wurde. Es liegt allerdings in der Verantwortung aller demokratischen Kräfte, sich mit Zimmermanns Aktion nicht zufriedenzugeben, sondern nachzuhaken. Damit der Verbotsspruch nicht angesichts weiterer Aktivitäten der ANS-Mitglieder zur Farce verkommt. Damit alle faschistischen Organisationen verboten und zerschlagen werden und auch jede Propaganda in ihrem Sinne unter Strafe gestellt und unterbunden wird.

Selbst beim Verfassungsschutz scheint man sich nicht einig über die Bewertung des Verbots. Dafür zwei extreme Beispiele:

Das Kieler Verfassungsschutzamt (CDU) erklärte laut „Süddeutscher Zeitung" vom 10.12.: „Das Verbot trägt dazu bei, daß die Entwicklung des Neonazismus in diesem Jahr bundesweit gestoppt wurde."

Der Stellvertretende Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Ernst Uhrlau (SPD), äußerte sich hingegen so: „Mit der Verbotsentscheidung wird Kühnen die Chance genommen, innerhalb der neonazistischen Szene zu scheitern." Verbote gegen Nazi-Gruppen werden als unzweckmäßig und als Aufwertung der Faschisten gewertet.

Ähnlich wie der Hamburger Verfassungsschutz äußerten sich Hamburger SPD-Größen und unter anderem auch die Zeitschriften „Zeit" und „Spiegel".

Die „Zeit" meint, hier würde „mit Kanonen auf Spatzen" geschossen. Die Nazi-Gruppen stellten „keine Bedrohung für den Rechtsstaat" dar. Die Strafgesetze reichten aus. Ein Verbot schaffe nur Publizität und Märtyrer, die Zeitung versteigt sich sogar zu der Behauptung, die Nazis seien „terroristisch immer erst nach einem Verbot" geworden, was einfach Unfug ist.

Die bisherigen Verbote (WSG Hoffmann, VSBD) bewiesen zudem, daß solche Maßnahmen nutzlos seien. Dieser Argumentation schließt sich der „Spiegel" an: „rechte Kader" gründeten dann „schlicht neue Gruppen, tauchen ab in den Untergrund und werden oft durch den staatlichen Streich auch noch aufgewertet und damit womöglich vor unmittelbar bevorstehender Selbstauflösung bewahrt." — Dazu einige Anmerkungen.

Bei der Bewertung politischer Aktionen sollte man sich nicht auf das Urteil von Verfassungsschützern — besser: Staatsschützern verlassen, ob sie nun von SPD- oder CDU-Leuten angeführt werden.

Und: Das Verbot der ANS/NA zu begrüßen, heißt keinesfalls, Zimmermann für ein Bollwerk gegen rechts zu halten oder ihm auch nur lautere Absichten zu unterstellen. Das wäre völlig verfehlt und sehr gefährlich.

Zimmermann hat die ANS zu einem Zeitpunkt verboten, den er sich selbst ausgesucht hat. Er hat es vermieden, das Verbot zu einer Zeit auszusprechen, als es aktuell von vielen gefordert wurde — etwa unmittelbar vor oder nach dem Fußballänderspiel Bundesrepublik - Türkei im Oktober. Er hat sich damit den Schein des unabhängig handelnden Hüters der Demokratie wahren wollen.

Fortsetzung auf Seite 7

Westdeutsche Justiz:

„Rechtskonservative Sympathie" für Neonazis

Dokumentation des PDI — „Blick nach rechts"

Aus der letzten Ausgabe des „Blick nach rechts" zitieren wir im folgenden einen ausgewählten Überblick über Prozesse gegen Neonazis, die verdeutlichen, wie behutsam diese Verbrecher von unseren Gerichten angefaßt werden. Im Gegensatz zu Demokraten und Linken generell — der PDI stellt diesen Verfahren Prozesse wie den gegen Holger Deilke (angeblicher Steinewerfer gegen Bush in Krefeld) gegenüber; sein Urteil: „Im Vergleich zu den Urteilen gegen militante Rechtsradikale, bei denen nicht Steine, sondern Sprengstoff und Waffen in den Taschen gefunden wurden, muß der Urteilsspruch (...) des Landgerichts Krefeld als Ungeheuerlichkeit gelten".

Die Prozeßaufstellung ist auch nützlich für Diskussionen im Zusammenhang mit dem Verbot der ANS/NA (siehe Artikel in diesem „Roten Morgen").

Erst in den letzten Jahren beschäftigt sich der Bundesgerichtshof mit rechtsradikalen Aktivitäten. Dort gab es bereits drei Referate zur Bekämpfung des Linksterrorismus, als zur Jahreswende 1977/78 **ein** Referat gegen Neonazis eingerichtet wurde und das Gericht damit politisches Neuland betrat.

Erschwert wurde die Arbeit der Bundesanwaltschaft durch die zögernde Behandlung von rechtsradikalen Umtrieben durch die Landesbehörden. So erklärte zum Beispiel der damalige bayerische Innenminister Tandler auf Anfrage, man könne gegen die militärischen Übungen der „Wehrsportgruppe Hoffmann" nichts unternehmen, da diese nicht gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen würden. Rassistische Volksverhetzung wird in Bayern erst nach parlamentarischer und außerparlamentarischer Intervention behandelt. So konnte im Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg — unbelästigt von den zuständigen Behörden — die 7. Auflage der Broschüre „Ausländerintegration ist Völkermord" erscheinen. In diesem rechtsradikalen Pamphlet werden u. a. Politiker, die sich um eine humane Lösung des Ausländerproblems bemühen, als „Volksverräter" diffamiert und Behauptungen aufgestellt wie „Mischlinge wiesen häufig kriminelle Eigenschaften wie Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit und Willensschwäche auf". Der damalige FDP-Landtagsabgeordnete Peter Hürner konfrontierte die Bayerische Staatsregierung mit der Frage, ob „der Tatbestand der Volksverhetzung und des Rassismus erfüllt" sei und „welche Maßnahmen sind gegebenenfalls angezeigt?". Das Bayerische Staatsministerium der Jusitz, das ebenso wie das Bayerische Innenministerium bemüht ist, rechtsradikale Agitation und Ausschreitungen zu verniedlichen, berief sich in seiner Antwort vom 6. April 1982 auf die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I, die das Vorliegen von strafbaren Handlungen im Zusammenhang mit dieser rassistischen Broschüre verneinte.

Noch krasser sind die offensichtlich von falschverstandener christlicher Nächstenliebe oder rechtskonservativer Sympathie gefällten Urteile gegen neonazistische Schreibtischtäter und Aktivitsten:

„Zu **einem Jahr mit Bewährung** wurde der jetzt 35jährige Arnulf-Winfried Priem im November 1979 vom Berliner Landgericht verurteilt. Bei dem Gründer der „Kampfgruppe Priem" und NSDAP-Aktivisten wurde **scharfe Munition, ein Seiten- und ein Maschinengewehr** sowie umfangreiches NS-Material sichergestellt. Von der Verurteilung zu einer Geldstrafe sah das Gericht mit der Begründung ab, daß dem Angeklagten durch die Einziehung seiner NS-Sammlung „schon genug Schaden entstanden" sei. Der seit 1971 im rechtsradikalen Spektrum tätige Priem wurde im Februar 1981 erneut verurteilt. Jetzt zu **zehn Monaten mit Bewährung.** Bei ihm und vier weiteren Angeklagten wurden **Waffen,** Uniformen und NS-Propagandamaterial gefunden. Sie hatten zudem zahlreiche Hakenkreuzschmierereien begangen und eine Hakenkreuzfahne gehißt. Wegen dieser Strafe wurden weitere anhängige Verfahren eingestellt. Der inzwischen von Berlin nach Freiburg übersiedelte Rechtsextremist „bewährte" sich. Er erhielt **ein Jahr mit Bewährung** im September 1982 **wegen wiederholtem Waffenbesitz** und Verwendung von NS-Kennzeichen. Erst in der Revision der Staatsanwaltschaft gegen diesen praktischen Freispruch wurde das NSDAP-Mitglied Priem zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Sechs bzw. vier Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung und 1200,— DM Geldstrafe erhielten zwei Neonazis im Februar 1981 vom Amtsgericht Nürnberg **wegen Körperverletzung.** Die Täter hatten bei einer NPD-Kundgebung einen Gegendemonstranten, der von der Polizei gerade abgeführt wurde, mit Schlägen verletzt.

Zwei Jahre Jugenstrafe **mit Bewährung** erhielt Walter Kexel im März 1981 vom Jugenschöffengericht Frankfurt. Der stellvertretende Vorsitzende der inzwischen verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) war des **schweren Landfriedensbruches** in Verbindung mit **gefährlicher Körperverletzung** und Führen von **Waffen** sowie des Besitzes von nationalsozialistischem Propagandamaterial angeklagt. Der 22jährige war bereits vorher wegen Gewalttätigkeiten verurteilt worden. Wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung, Verdachts bei dem Banküberfall in Neunkirchen und bei Anschlägen auf US-Einrichtungen beteiligt gewesen zu sein, wurde Kexel von der Bundesanwaltschaft gesucht. Am 24.8.1983 entschied ein Londoner Gericht, daß der in England Verhaftete an die Bundesrepublik ausgeliefert wird.

Zu **drei Wochen** Arrest, **acht bzw. 12 Monaten mit Bewährung** wurden drei VSBD-Mitglieder im März 1981 in Frankfurt **wegen gefährlicher Körperverletzung** und **Landfriedensbruch** verurteilt. Die Angeklagten waren während der Verhandlung **gegen Justizbeamte handgreiflich** geworden.

Eine Woche Jugendarrest bzw. **9 Monate mit Bewährung** erhielten zwei Mitglieder der „Wehrsportgruppe Hoffmann" im Juni 1981 in Nürnberg **wegen Diebstahls.** Die des Einbruchs mit politischem Hintergrund Überführten verfügten über eine private Sprengstoffsammlung. Dem 18jährigen Gefreiten und 20jährigen Unteroffizier der WSG Hoffmann wurde der Befehl für den militärisch durchgeführten Einbruch von einem WSG-Offizier erteilt, der flüchten konnte.

Zu 1350,— DM Geldstrafe wurde Hans-Joachim Sakowski im Juli 1981 **wegen schwerer Körperverletzung** verurteilt. Der Verletzte mußte mehrere Wochen zur Heilung ins Krankenhaus. Der Täter war Mitglied im Landesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" Niedersachsen und griff den Antifaschisten bei einer Gegendemonstration zur NPD-Veranstaltung in Weinheim an.

Zu **einem Jahr mit Bewährung wegen Körperverletzung,** rechtsextremistischer Aktivitäten und Beleidigung wurde der einschlägig vorbestrafte Ernst August Balke in Lüneburg verurteilt. Das VSBD-Mitglied benützte die „Bewährung" zu weiteren neonazistischen Aktionen und zur Flucht ins Ausland. Er wurde im November 1981 in Belgien erneut verhaftet.

Zu **1050,— DM Geldstrafe wegen Einbruch, Körperverletzung** und Uniformtragens wurde der Wehrsportgruppen-Führer Jörg Günter Haushälter 1979 verurteilt. Einige Monate später beschlagnahmte die Polizei bei dem heute 28jährigen eine Sammlung von NS-Literatur, Gaspistolen und Stichwaffen. 1981 wurde er erneut zu einer Geldstrafe verurteilt. Diese wurde vom Landgericht Hannover 1982 bestätigt. Der Leiter der „Wehrsportgruppe Germania" erhielt dreiviertel der eingezogenen Waffen wieder zurück. Zu **1000,— DM Geldstrafe** wurde Haushälter am 21.4.1983 vom Amtsgericht Hannover **wegen Basteln und Aufbewahren von sechs Handgranaten** verurteilt. Der Besitz der ebenfalls gefundenen 2300 Schuß Munition wurde wegen Verjährung nicht bestraft, weil er dieses Arsenal bereits 1973 erworben haben will.

Zu **160.— bzw. 400 DM Geldstrafe** wurden zwei Rechtsradikale **wegen vorsätzlicher Körperverletzung bzw. Hausfriedensbruch** verurteilt. Sie waren am 13.9.1982 in Tuttlingen in die Räume des örtlichen „Wochenblattes" eingedrungen.

Zu **acht Monaten Haft mit Bewährung** und einer Geldstrafe von 1200,— DM **wegen „uneidlicher Falschaussage"** wurde der „Führer" der rechtsradikalen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS), Michael Kühnen, nach seiner Überstellung aus München — wo er bei einer verbotenen neonazisitschen Zusammenkunft verhaftet worden war — vom Landgericht Braunschweig verurteilt. Dies, obwohl sich der wegen Volksverhetzung und Anstachelung zum Rassenhaß bereits Verurteilte vor Gericht nachdrücklich zu seinen neonazistischen Aktivitäten bekannt hatte. Als strafmildernd bezeichnete der Richter in der Urteilsbegründung „die günstig ausgefallene Zukunfstprognose" des Angeklagten. Daß Kühnen zwischen seiner Entlassung im Dezember 1982 und der erneuten Verhaftung am 5.11.1983 ständig gegen die Gerichtsauflage, sich nicht neonazistisch betätigen zu dürfen, verstoßen hat, schien den Richter nicht in seiner Beurteilung zu beeinträchtigen. Wie diese, nach Ansicht des Gerichts, „günstig ausgefallene Zukunftsprognose" aussah, praktizierte Kühnen bereits einige Tage später: Der unverbesserliche Rechtsextremist wurde gemeinsam mit seinem Gesinnungsfreund Brehl am 15.11.83 in Österreich festgenommen. Beide waren mit Revolvern und Gaspistolen bewaffnet und wollten Kontakt mit politischen Sympathisanten aufnehmen.

Zu nur **drei Jahren und neun Monaten** wurde der „Führer" und Gründer der inzwischen verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD), Friedhelm Busse, vom Obersten Bayerischen Landesgericht in München Ende November 1983 **wegen Begünstigung, Strafvereitelung und Hehlerei sowie verschiedener Waffendelikte** verurteilt. Die Ankalge „wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung" wurde, wie wir berichteten, im Laufe des Prozesses „mangels Beweisen" fallengelassen. Strafmildernd wirkte sich bei Busse aus, daß der in seinem Selbstverständnis überzeugte Nationalsozialist laut Staatsanwaltschaft kein „politischer Überzeugungstäter" sei, sondern „aus finanzieller Not gehandelt" habe.

Mit Hilfe dieser kleinen Auswahl an Urteilen gegen Neonazis soll der Beweis erbracht werden, wie oft man rechtsradikalen Militanten die Möglichkeit der „Bewährung" gab — und sie haben sich im neonazistischen Sinne „bewährt".

Bonn ist nicht Weimar, und alle historischen Parallelen sind problematisch. Doch es ist geschichtlich nicht widerlegbar, daß zu den vielen Sargnägeln der Weimarer Republik die Justiz zählte, die sich als hart gegen Linke und nachsichtig gegen Rechte erwies.

Fortsetzung von Seite 6

Dabei hat er sicherlich die schon sehr große Empörung über das bisher weitgehend unbehelligte Treiben Michael Kühnens, über die zügige Sammlung bedeutender Teile des rechtsterroristischen Spektrums in der ANS/NA, über die verbrecherischen Aktionen dieser sich offen als „neue SA" und Teil der verbotenen NSDAP bekennenden Truppe in Rechnung gestellt. Diese öffentlich geäußerte und wachsende Empörung konnte nicht ohne Wirkung bleiben. Daß diese Öffentlichkeit, daß der direkte Widerstand gegen angekündigte Terroraktionen der Nazis ausdrücklich unerwünscht war, das haben die Behörden, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit dem 26. Oktober, deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Protest wurde trotzdem auf die Straße getragen. Der Staat sah sich am 26. 10. in Westberlin zum eigenen Einschreiten, zu massivem Polizeieinsatz gegen die Nazis gezwungen, und auch das Verbot der ANS/NA ist so gesehen ein Ergebnis und ein erster Erfolg der antifaschistischen Kräfte.

Diesen Erfolg gilt es auszubauen. Und das wird Anstrengungen kosten. Dabei wird Zimmermann nicht Freund und Helfer, sondern weiterhin Feind und aktiver Gegenspieler sein.

Zimmermann erklärte in der Verbotsbegründung (soweit sie uns bisher aus Zeitungsmeldungen bekannt ist), er sei jetzt ein weiteres Mal den Empfehlungen der Sicherheitsbehörden nachgekommen, und er werde auch in Zukunft, wenn nötig, mit dem Mittel des Verbots gegen „Feinde der Demokratie" vorgehen.

Das erste Verbot Zimmermanns traf die türkischen Organisationen Dev Sol und Halk Der. Sie wurden in Übereinkunft mit der faschistischen Militärjunta der Türkei verboten, und die unterschiedliche Behandlung der Mitglieder dieser antifaschistischen Organisationen gegenüber der der Neonazis fällt ins Auge. Auf der einen Seite sofortige Festnahmen, massive Unterdrückung, auf der anderen Seite — fast nichts. Sicher, es gab Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Material und Waffen, und das wird den Nazis fehlen. Aber die Faschisten selbst, auch Michael Kühnen, sind immer noch frei.

Wenn aber nach dem Verbot einer Nazi-Organisation ihren Mitgliedern so gut wie nichts geschieht, und sie sich ohne große Schwierigkeiten, sogar ohne großen Zeitverlust in neuen Banden zusammenfinden können, kann ein solches Verbot tatsächlich zur Farce werden. Viele Hoffmann-Leute sammelten sich in der VSBD. Und später in der ANS/NA waren immer noch viele dabei. Das nährt natürlich die auch in linken Kreisen vorhandene Ansicht, Verbote seien sinnlos.

Dennoch ist diese Argumentation gegen Verbote, gegen Verbotsforderungen kurzsichtig. Denn mit formalen Verfügungen ist die Verbotsforderung doch noch gar nicht erfüllt. Deshalb darf man als Antifaschist nicht selber sein eigenes Verständnis vom Verbot auf diesen Akt beschränken, sich damit zufriedengeben. Man muß am Ball bleiben und, da Zimmermann das nicht will, das Verbot offensiv ausnutzen und Druck dafür machen, daß es auch die notwendigen Konsequenzen hat.

Was heißt das? — Was es unter anderem heißen kann, soll im folgenden an einigen Beispielen dargestellt werden.

Wenn aus Kiel behauptet wird, mit dem ANS-Verbot sei die Entwicklung des Neonazismus gestoppt, dann kann man dem nur etwas abgewinnen, wenn man den Zusatz „in diesem Jahr" wörtlich nimmt und meint, in den drei Wochen bis Ende '83 hätten auch die Nazis mehr mit Weihnachten und Silvester am Hut als mit dem Aufbau einer neuen Organisation.

Die Entwicklung des „Neonazismus", die Entwicklung faschistischer Umtriebe wird nicht **gestoppt** werden, solange die offiziell betriebene Politik bleibt, wie sie ist.

Nach wie vor gilt: Das politische Klima, das in unserem Lande geschaffen worden ist, läßt Nazis gedeihen und sich wohlfühlen. Dazu gehört unter anderem als hervorstechendes Beispiel die Ausländerfeindlichkeit. Die Unionsparteien wollen zwei Millionen Ausländer in den nächsten Jahren aus dem Land haben. Die Nazis haben sich garade in letzter Zeit — ganz bewußt, wie Kühnen bekannte — vor allem mit „Ausländer-raus"-Aktionen in vielfältigen Formen und Abstufungen hervorgetan, von Anschlägen bis zu Wahlbeteiligungen unter dieser Losung. Das paßt gut zusammen, das ergänzt einander; das Treiben der Nazis nutzen wiederum die Regierenden für sich aus. Die Faschisten machen Drecksarbeit und erhöhen den Druck auf die Ausländerbevölkerung, die großen Parteien nehmen die Nazi-Aktionen auch noch als immer neue Argumente dafür, daß es mit dem hohen Ausländeranteil so nicht weitergehe, der würde ja — „wie man sieht" — Haßreaktionen geradezu provozieren. Und gleichzeitig können sie sich scheinheilig von „den Rechten" distanzieren, sich als „demokratische Kräfte der Mitte" geben. Das sind, zugegeben grob umrissen, unbestreitbare Aspekte der gegenwärtigen Situation.

Dieses ganze Geschehen liegt gerade in der Zeit wirtschaftlicher Krise im Interesse derer, die die Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzen wollen und dabei eine gespaltene Arbeiterklasse, eine Aufhetzung der Bevölkerung gegen einen Scheingegner ebenso gut gebrauchen können wie eine teilweise Exportierung der Krisenlasten durch Abschiebung „unbrauchbar" gewordener Arbeitskräfte: im Interesse der westdeutschen Kapitalisten.

Solche Zusammenhänge gilt es aufzuzeigen. Die ANS ist verboten, gut; sehen wir uns doch einmal an, was eigentlich ihre Politik inhaltlich ausmacht, sorgen wir dafür, daß diese Inhalte öffentlich an den Pranger gestellt und angegriffen werden, von wem auch immer und in welcher Verkleidung auch immer sie vertreten werden.

Nehmen wir nicht hin, daß wieder nur **eine** Nazi-Organisation verboten wird, auch wenn es eine der wichtigsten ist. Für faschistische Politik und Propaganda stehen zahlreiche andere Gruppen und (deutsche und ausländische) Parteien bis hin zur DVU des Herrn Frey und der NPD. Sie alle gehören verboten und ein Eintreten für ihre Ziele gehört unter Strafe gestellt.

Es lohnt sich auch, durchaus vorhandene Übereinstimmungen zwischen ihrer Programmatik und der der Unionsparteien aufzuzeigen.

Das Verbot der ANS auszunutzen, heißt auch, verstärkt all die Organisationen anzugehen, die nachweislich direkte Verbindung zur Kühnen-Truppe hatten. Dazu zählen zum Beispiel eine Reihe sogenannter Fußball-Fanclubs, die ja auch gerade in der letzten Zeit Aufsehen erregt haben, gegen die mobilisiert werden konnte. Hier muß das ANS-Verbot direkt weitere Verbotsmaßnahmen nach sich ziehen.

Auch die weniger bekannten, aber nichtsdestoweniger vorhandenen Verbindungen zwischen den militant auftretenden Neonazis und der NPD gilt es darzustellen. Die NPD hat ihre Rolle als „Durchlauferhitzer" für spätere Terroristen nicht verloren; wer sie nicht angreift, läßt damit auch eine Quelle des Nazi-Terrorismus unberührt.

Wenn in dieser Hinsicht Erfolge erzielt werden, macht man der politischen Reaktion insgesamt das Handeln, die Verwirklichung ihrer Pläne schwerer.

Das ANS-Verbot darf nicht zum Alibi für Zimmermann verkümmern. Das wäre im übrigen auch für die Linke in unserem Land gefährlich. Denn wenn Zimmermann sich jetzt als Hüter des Rechtsstaats und Gegner der Nazis aufspielt und gleichzeitig verkündet, auch in Zukunft weiter mit Verboten arbeiten zu wollen, meint er bestimmt nicht, daß er von sich aus weiter gegen Rechts vorgeht. „Feinde des Rechtsstaats" sind für ihn vor allem Antifaschisten und Revolutionäre. Wenn es auch nicht der Hauptinhalt der Stellungnahmen zum ANS-Verbot sein kann, daß Zimmermann sich damit einen Rückhalt für ein um so schärferes Vorgehen gegen linke Organisationen habe schaffen wollen, so ist doch ein Stück Wahrheit daran. Ein Stück reale Gefahr.

Auch deshalb bleibt für die Demokraten und Antifaschisten nach dem Verbot der Kühnen-Bande nur eins: schnell und offensiv, mit Aufklärung und weitergehenden Forderungen, darauf zu reagieren.

In diesem Sinne sind auch eventuell folgende Gerichtsverfahren, die dann von den Medien beobachtet und kommentiert werden, zu nutzen. Damit können all diejenigen sichtbar ins Unrecht gesetzt werden, die angeblich oder tatsächlich befürchten, dadurch erreichten die Nazis nur positive Aufmerksamkeit und neue Anziehungskraft.

Kühnen hat bereits juristische Schritte gegen das Verbot angekündigt, und es könnte sogar dazu kommen, daß sich das Bundesverfassungsgericht mit der Angelegenheit befassen muß. Denn Zimmermann hat zusammen mit dem Verbot der ANS/NA auch das der Aktion Ausländerrückführung (AAR) verfügt. Die AAR aber hat sich als politische Partei am Hessen-Wahlkampf beteiligt, und Parteien können eigentlich nur vom Bundesverfassungsgericht verboten werden.

Man wird sehen, was hier noch auf uns zukommt. Es sollte in jedem Fall klar sein: Wie sich eine gesteigerte Publizität der Vorgänge in der Nazi-Szene im Bewußtsein der Öffentlichkeit niederschlägt; ob als Ergebnis statt des von manchen befürchteten neuen Zulaufs für die Faschisten ein erhöhtes antifaschistisches Bewußtsein und eine erhöhte Bereitschaft zu antifaschistischem Handeln steht; ob die politische Reaktion daraus Gewinn zieht und sich ins Fäustchen lacht oder ob sie dann einen schwereren Stand hat; ob also der erste Erfolg der antifaschistischen Bewegung, der in dem Verbot der ANS/NA steckt, ausgebaut und in politisches Kapital umgemünzt werden kann — das hängt zu großen Teilen von unserem Engagement ab. **Unserem** Engagement, dem **aller** Antifaschisten. Das einheitliche Handeln in dieser Richtung ist dringendes Gebot, da muß alles Trennende zurückstehen.

Denken wir daran auch bei der Vorbereitung des 30. Januar, des Kampftages gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

Dietrich Lohse

Wie andere es sehen:



(Aus: „Frankfurter Rundschau", 10. 12. 83)

Korrespondenz aus Dortmund

Bürgerprotest gegen rassistische Wohnungspolitik



Gegen die ausländerfeindliche Wohnungsbaupolitik der Dortmunder Hoesch-Werke veranstalteten am Vormittag des 12. Dezember acht Mitglieder von drei örtlichen Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit eine Mahnwache vor dem Gebäude der Hoesch-Wohnungsgesellschaft. Anlaß für die Aktion war der Plan zur Schaffung von „reinrassig" deutschen bzw. türkischen Straßen in der Dortmunder Nordstadt und die Ankündigung des Wohnungsplanungsausschusses des Konzerns, mit seinen Mitteln zur Verringerung der ausländischen Wohnbevölkerung beitragen zu wollen. (Der „Rote Morgen" berichtete ausführlich über dieses Modell — Nr. 41 und 42/83). Für diesen Plan wurden inzwischen die notwendigen finanziellen Mittel (auch aus EG-Kassen) bereitgestellt, er soll demnächst umgesetzt werden.

Durch die Aktivitäten der Deutsch-Ausländischen Freundschaftsinitiative wurde in den vergangenen Wochen die Öffentlichkeit informiert. Ein vor kurzer Zeit gegründeter IGM-Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer bestellte den SPD-Mann Theo Schröder, Mitglied im Wohnungsplanungsausschuß und in der SPD-Ausländerkommission Innenstadt-Nord zu sich und stellte ihn in scharfer Form zur Rede. Schröder hatte die Konzernpolitik vorbehaltlos unterstützt und sich auch zum rassistischen Vokabular der Modellerläuterung bekannt.

Die Teilnehmer der Mahnwache erhielten Gelegenheit zu einer Aussprache mit einem Sprecher der Wohnungsgesellschaft, Bernd Schacht, die allerdings unergiebig war, da dieser feine Herr die Konzernpläne rücksichtslos verteidigte. Erreicht wurde eine Zusage der gewerkschaftlichen Mitglieder des Wohnungsplanungsausschusses, sich in Kürze mit Mitgliedern der Initiativen zusammenzusetzen. Durch diese Aktion wurde die Angelegenheit auf jeden Fall nochmals öffentlich gemacht; alle drei Lokalzeitungen brachten einen Bildbericht.

Zimmermanns Haushalt: 3,6 Mrd.

Am Beginn der viertägigen Bundestagsberatungen über den neuen Haushalt der Republik stand die Debatte über die Innenpolitik. Sie wurde eingeleitet durch einen Beitrag des Innenministers Zimmermann, der nachdrücklich seine reaktionären Pläne zur Verschärfung der Ausländergesetzgebung, zur Einschränkung des Demonstrationsrechts usw. verteidigte.

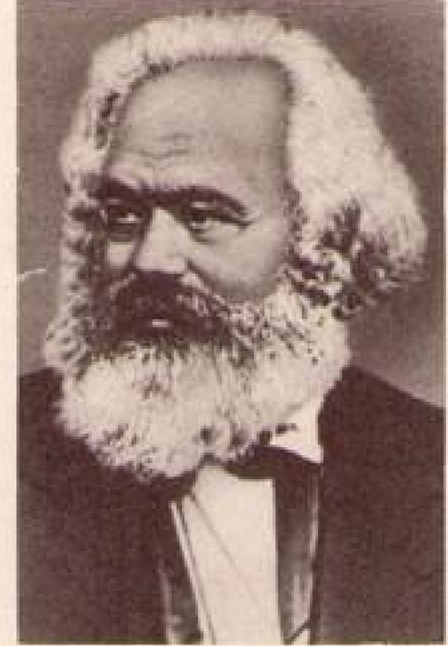
Zimmermann unterstrich seine Auffassung, das Zuzugsalter für Ausländerkinder müsse auf sechs Jahre gedrückt werden. Er scherte sich somit wenig darum, daß nur zwei Tage zuvor nicht nur die Minister Blüm und Genscher, sondern auch Bundeskanzler Kohl festgestellt hatten, sie seien für die Beibehaltung der 16-Jahre-Grenze. Hier ist also immer noch nichts entschieden, ein Eindruck, der durch die Ausführung des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Paul Laufs, unterstrichen wurde: „Es gibt dazu bisher keinerlei Festlegungen".

Als Kernpunkt der von ihm geplanten umfassenden Novellierung des Ausländerrechts beschrieb Zimmermann die „Differenzierung des Aufenthaltsrechts". Aufenthaltsrechte sollten künftig genau gesetzlich beschrieben werden, z. B. die Aufenthaltsbefristungen für Auszubildende, Praktikanten oder Studenten. Zu Zimmermanns Plänen gehört es auch, die Aufenthaltsrechte von Familienangehörigen generell an das Aufenthaltsrecht für den Familienvater zu binden.

Wolfgang Ehmke von den Grünen brachte Zimmermanns Pläne mit der Kennzeichnung „Vertreibungspolitik" auf den Punkt.

Die Weihnachtskiste

Tolle Angebote zum verschenken, zum schmökern, zum studieren:

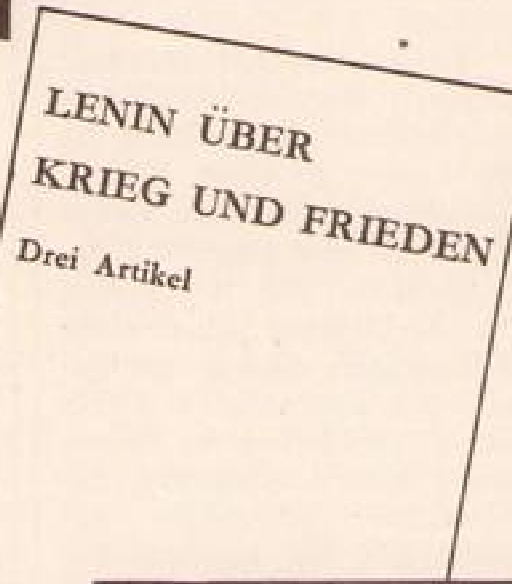




11 Klassiker-Werke = 1993 Seiten wissenschaftlicher Sozialismus für nur 5,— DM

Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei
Marx: Lohnarbeit und Kapital
Marx: Bürgerkrieg in Frankreich
Marx: Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie"
Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Engels: Dialektik der Natur
Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
Lenin: Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik"
Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Lenin: Über Krieg und Frieden
Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR
(Alle Ausgaben aus dem Verlag für fremdsprachliche Literatur, Peking)





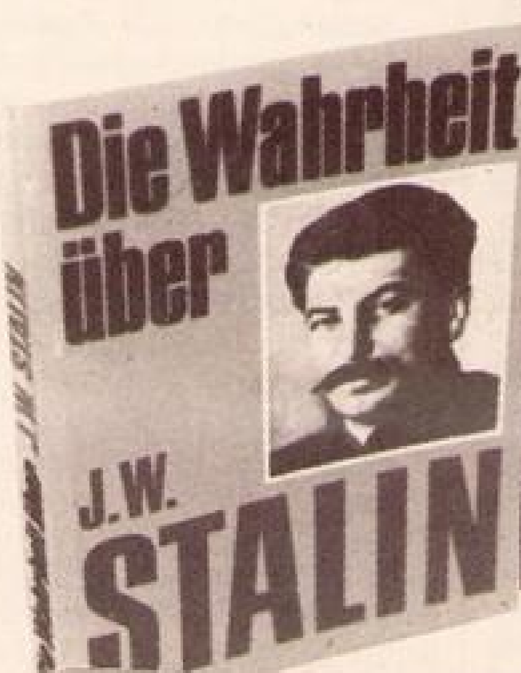
Stalin zum Kennenlernen. Für nur 15,— DM

Stalin: Ausgewählte Werke in zwei Bänden (statt 25,— DM)
und
Die Wahrheit über Stalin (statt 8,— DM)



Musik-Kassette „Schönes Land" von Elbe 1 für nur 7,— DM (statt 15,— DM)







☐ Hiermit bestelle ich aus dem Weihnachtsangebot:
Klassiker für 5,— DM
Ich lege einen Verrechnungsscheck bei oder überweise im voraus 5,— DM plus 3,— DM für Porto.

☐ Stalin zum Kennenlernen
Ich lege einen Verrechnungsscheck bei oder überweise im voraus 15,— DM plus 3,— DM Porto.

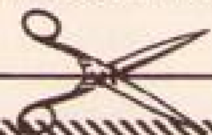
☐ Musik-Kassette von Elbe 1
Ich lege einen Verrechnungsscheck bei oder überweise im voraus 7,— DM plus 2,— DM Porto.

Name ....

Straße ....

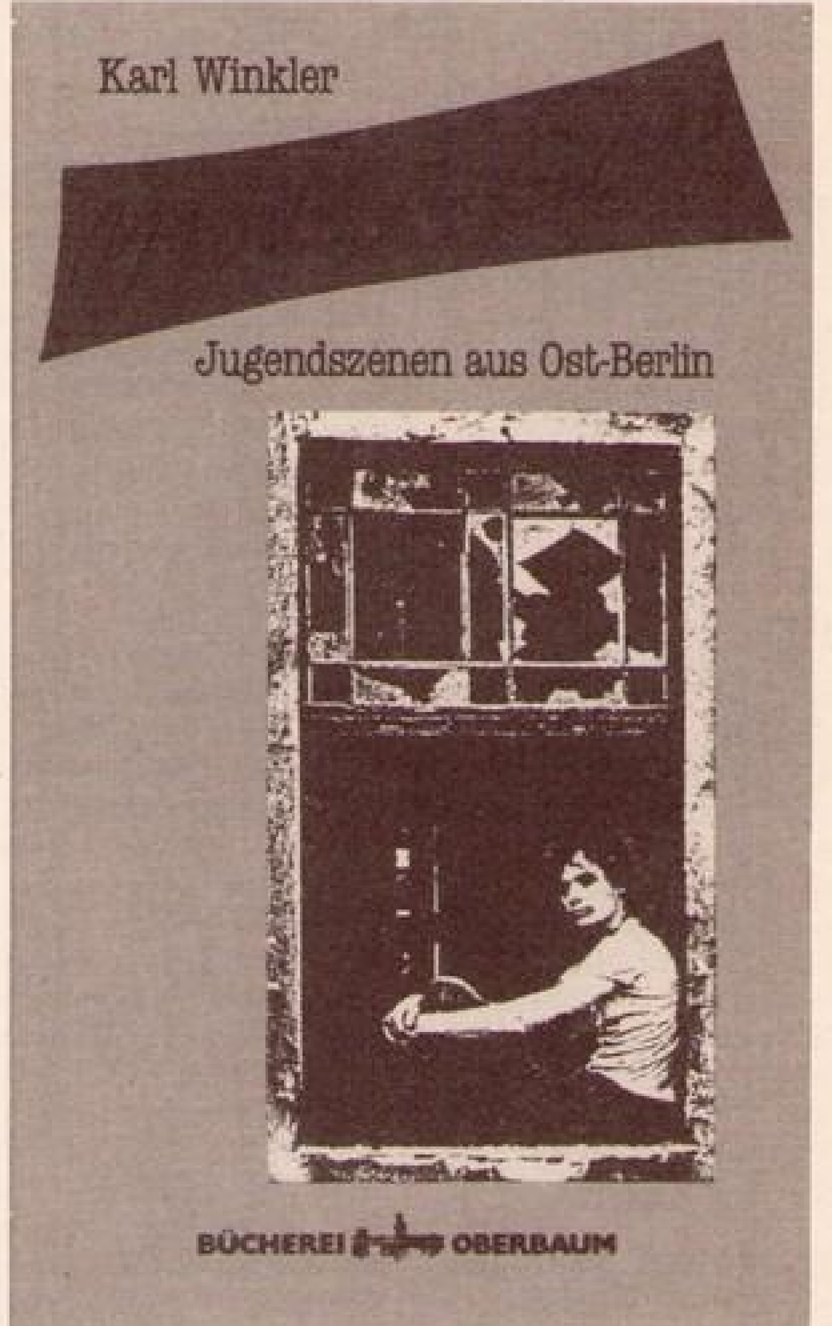
PLZ/Ort ....

Einsenden an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.





Die erste umfassende Auswahl von Stalins Werk, die seine grundlegenden und wichtigsten Schriften aus der Zeit von 1901 bis 1952 beinhaltet.



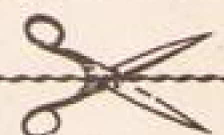
Karl Winkler: **Made in GDR,** Jugendszenen aus Ost-Berlin, 19,80 DM.



Das kleine dicke Liederbuch, Lieder und Tänze bis in unsere Zeit auf 779 Seiten. Mit Noten und Grifftabelle für Gitarre. Für 15,— DM.

Wochenseminare der KPD 1984

- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Unkostenbeitrag pro Woche nur 35,— DM.
- Anmeldungen bei **Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 466529.**
- Termine: 16.—22. Januar 1984
  20.—26. Februar 1984
  24.—29. April 1984 (Osterferien)
  17.—23. September 1984
- Vom 7.—13. Mai findet ein Wochenendseminar in **türkischer** Sprache statt.



Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom .... bis .... an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name .... Vorname ....

Anschrift ....

Beruf .... Unterschrift ....

Roter Morgen Geschenkabo!



Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ...
ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Hiermit bestelle ich
......Abonnement ab ....
als Geschenk für

Name ....
Adresse ....
PLZ/Ort ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementsgebühren sind vom Besteller im voraus zu bezahlen.
Das Abonnement verlängert sich **nicht** automatisch.

In Frankfurt gab es keine Blumen für die Polizei

Vier Tage lang wurde das Pershing-2-Depot in Frankfurt-Hausen belagert. Dabei kam es immer wieder zu Polizeiüberfällen, bei denen es zahlreiche Verletzte gab. Mehr als 200 Menschen wurden zwischenzeitlich festgenommen.

Die Blockadeaktion, die am Donnerstag abend vom Ordnungsamt verboten worden war, begann planmäßig am Freitag vergangener Woche. Schon am Mittag räumte die Polizei die Straßen, 204 Personen wurden festgenommen. Daraufhin fand am Abend eine Demonstration zum Untersuchungsgefängnis statt, an der sich 800 bis 1000 Menschen beteiligten. Die Demonstranten warteten vor der Haftanstalt, bis alle Festgenommenen wieder frei waren.

Etwa 8000 Teilnehmer wurden am Samstag bei der (angemeldeten) Demonstration in Frankfurt gezählt. Von der Innenstadt aus zogen sie in zwei Marschsäulen zur Blockade vor dem Depot. Dabei kam es zu massiven Polizeieinsätzen. Nachdem die Wasserwerfer trotz der Kälte nichts ausrichten konnten, gingen die Polizisten zu Knüppeleien über. Sie prügelten auf jeden ein, der ihnen in den Weg kam, auch auf Passanten und ältere Menschen. Am Abend sperrten Polizeitruppen das ganze Viertel ab, die meisten Demonstranten zogen sich aus diesen Straßen zurück.

Eine ähnliche Situation entstand am Sonntag. Am Nachmittag prügelte die Polizei, die sich bis zum Ende eines Fußballspiels auf einem benachbarten Sportplatz ruhig verhalten hatte, mit gesteigerter Brutalität auf die Kriegsgegner ein, prügelte das ganze Viertel leer. Erschwerend für die Demonstranten war, daß sie von den Bewohnern des Viertels keine Solidarität erfuhren — dort wohnen fast nur Polizisten und Spätaussiedler. Am Sonntag wurden wieder Dutzende Personen festgenommen.

Am selben Tag beschloß ein Friedensplenum die Herausgabe eines Flugblatts und eine Demonstration am Montag. An dieser nicht erlaubten Demonstration nahmen 1000 bis 1200 Leute teil, sie zogen zum Untersuchungsgefängnis. Die Polizei war mit starken Einheiten vertreten und Wasserwerfern, hielt sich aber zurück, beschränkte sich an diesem Tag auf eine „Demonstration der Stärke" ohne direkte Knüppelorgien wie an den Vortagen.



Mit einer abschließenden Kundgebung wurden die viertägigen Aktionen beendet. Die Angestellten der Montagefirma für die Pershing-Teile hatten übrigens vier Tage lang frei gehabt, nicht gearbeitet. Dennoch wurden Teile angeliefert, und um sie durchzuschleusen, hatte die Polizei auch geprügelt.

Viele Teilnehmer der Frankfurter Aktionen waren äußerst schockiert durch die persönlichen Erfahrungen dieser Tage. Etliche hatten an den großen Demonstrationen der Friedensbewegung in Bonn und Stuttgart teilgenommen, hatten dort gesehen, wie man Polizisten Blumen geschenkt hatte und die Staatsgewalt auch nicht im Einsatz erlebt.

Zwei Schwerverletzte, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, sechs mittelschwer Verletzte und unzählige leichtverletzte Demonstranten gab es allein am Sonntag.

In Frankfurt wurde deutlich: Wer gehofft hat, mit immer neuen friedlichen Aufmärschen und womöglich in trauter Eintracht mit der Polizei den Kriegstreibern den Weg versperren zu können, hat sich schwer getäuscht.

Diese Bilder und einen Telefonbericht erhielten wir von einem Teilnehmer der Frankfurter Aktionen. Das Mädchen auf dem Bild unten stürzte bei der Flucht vor der Polizei und wurde zusammengeschlagen. Sie erlitt einen schweren Schock und wurde von Demonstrationssanitätern versorgt.



Sportler-Appell gegen die Borussenfront, für deutsch-ausländische Freundschaft

Den hier im Faksimile wiedergegebenen Aufruf „Sportler appellieren an die Dortmunder Bevölkerung ..." hatten Mitglieder einer Deutsch-Ausländischen Freundschaftsinitiative mit zum Fest der „Sportler für den Frieden" in die Westfalenhalle genommen. Neben Karl-Heinz Geils und Ewald Lienen (siehe Abbildung) unterschrieben etwa 150 weitere Spitzensportler, auch aus dem Ausland, diesen Appell. Mehr konnten die wenigen Sammler in der Hektik der Veranstaltung auch gar nicht ansprechen.

Mit diesem Aufruf wird jetzt in Dortmund weitergearbeitet, sollen unter anderem auch die Spieler der Borussia für die Losung „Stoppt die Borussenfront" gewonnen werden.

Eine ausgezeichnete Aktion, die sicher dazu beitragen wird, den Nazis in Dortmund das Leben schwerer zu machen und der Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

Sportler appellieren an die Dortmunder Bevölkerung:

NEIN ZUR AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT !
JA ZU SOLIDARITÄT UND DEUTSCH-AUSLÄNDISCHER FREUNDSCHAFT !
STOPPT DIE "BORUSSENFRONT" !

Mit Abscheu haben wir von den ausländerfeindlichen und neonazistischen Ausschreitungen der sogenannten "Borussenfront" erfahren. Hier wird die Popularität des Fußballsportes mißbraucht. Mißbraucht für eine niederträchtige und politisch verabscheuungswürdige Sache. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Fremdenhaß und nationale Überheblichkeit haben noch nie etwas Gutes bewirkt. Sie haben allzuoft Leid, Unrecht und sinnlose Gewalt hervorgerufen bis hin zum Völkermord. Der entsetzliche Holokaust, den die Nazis an Millionen Juden, aber auch Zigeunern und anderen Minderheiten verübten, muß uns allen Mahnung sein: Wehret den Anfängen!

Und wem soll es nützen, wenn jetzt versucht wird, die Ausländer insbesondere die Mitbürger aus der Türkei, zum Sündenbock für Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise abzustempeln? Niemand sollte sich an die unsinnige Hoffnung klammern, die Vertreibung oder "Rückführung" der ausländischen Mitbürger sei ein Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme oder zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Das ist ein Irrglaube und keinesfalls ein Ausweg. Außerdem ignoriert man damit die einfachsten moralischen Gebote von Solidarität und Menschlichkeit.

Echte Sportler haben sich immer gegen Rassismus und Nationalismus gewandt und sich eingesetzt für Toleranz, Freundschaft und gegenseitige Achtung der Menschen verschiedener Hautfarbe, Rasse oder Nationalität, für Frieden und Solidarität zwischen allen Völkern. Deshalb wenden wir uns an alle Dortmunder Bürger mit der Bitte:

Stellt Euch der Ausländerfeindlichkeit entgegen!
Wendet Euch gegen die Hetze, die gegen die Mitbürger aus der Türkei betrieben wird!
Wendet Euch gegen die ausländerfeindlichen und neonazistischen Umtriebe der "Borussenfront" und anderer Gruppen!

Vorname Familienname	Sportart	Staatsangehörigkeit und Wohnort	Unterschrift
Karl-Heinz Geils	Fußball	deutsch	[illegible]
Ewald Lienen	Fußball Borussia M'gladbach	"	[illegible]

Sozialdemokratie und Friedensbewegung

Am 22. November hat die Sozialdemokratie im Bundestag gegen die neuen US-Mittelstreckenraketen gestimmt, nachdem sie sich bereits vorher für die Friedensbewegung ausgesprochen hat. Was steckt hinter der Wende von den Raketenbefürwortern zu den Raketengegnern — ist das nur eine Folge des Regierungsverlusts vor anderthalb Jahren oder besagt das mehr?

Wie sieht überhaupt die „Neue Strategie" der künftigen Sicherheits- und Militärpolitik aus, die der Parteivorstand der SPD vor kurzem beschlossen hat? Wie definiert die SPD die Rolle der BRD in der NATO — und warum wird ihr von der CDU „Neutralismus" vorgeworfen? Weshalb bezeichnen führende Sozialdemokraten die Außenpolitik der Reagan-Administration auf der anderen Seite als „Sicherheitsrisiko"? Und was ist mit dem Raketen-Ja der Bundestagsmehrheit und der Bundesregierung? Hat die BRD sich damit auf einen „Kriegskurs" festgelegt?

Zu diesen Fragen gibt es eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung von KPD, DS, und Kreis Gelsenkirchener MLer am 16. Dezember 1983 um 20.00 Uhr in der Gaststätte Merkentrup, 4650 Gelsenkirchen, Ückendorfer Str. 26.





Albanien, 39 Jahre nach seiner Befreiung

Ohne Schulden, ohne Hilfen und Kredite

Ein Beitrag aus „Neues Albanien" 4/83

Daß das sozialistische Albanien unabhängig sein neues Leben aufbaut, ohne irgendjemanden um Hilfe anzubetteln, ohne Schulden zu machen oder Kredite zu erhalten, ist eine für alle offensichtliche und greifbare Realität. Die Partei der Arbeit Albaniens hat ihrer Wirtschaftspolitik das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, die Kenntnis und konsequente Umsetzung der Erfordernisse der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zugrundegelegt. Dies gewährleistete die selbständige Entwicklung unserer Wirtschaft, ihr Erstarken, ihre Stabilität. Die planmäßige und proportionale Entwicklung, die ununterbrochene Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Vervollkommnung der vielzweigigen Wirtschaftstruktur, wobei der Produktion von Produktionsmitteln der Vorrang eingeräumt und eine relativ hohe Akkumulationsrate erhalten wird, um die erweiterte Reproduktion und den Aubau der sozialkulturellen Sektoren zu bewältigen, u.a.m. schufen die Bedingungen zur Konsolidierung und Erhaltung der wirtschaftlichen und folglich auch der politischen Unabhängigkeit des Landes.

In der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Tatsache, daß es hier keine Wirtschaftskrisen und folglich keine Arbeitslosigkeit und keine Inflation gibt, eine lebendige, unwiderlegbare Realität. Das ist so, weil in Albanien nicht die ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen für die Entstehung und die Entwicklung der Krisen vorhanden sind. Hier wurden das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die antagonistischen Klassen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, wurde das sozialistische gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln errichtet. Ziel der Produktion ist in unserem Land nicht der Profit, sondern die Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft. Die spontane und anarchische Entwicklung mußte in Albanien der ständigen und planmäßigen Erweiterung der Produktion Platz machen.

Aufgrund der einheimischen Naturschätze und finanziellen Ressourcen sowie mit der Mühe, dem Schweiß und der schöpferischen Begabung unseres fleißigen Volkes konnte eine neue vielzweigige Industrie geschaffen werden, fähig, sich dynamisch, ausgewogen und selbständig zu entwickeln. Sie deckt den Konsumbedarf des Volkes und den Bedarf der Wirtschaft, die sich zügig entwickelt. Wir haben heute eine Brennstoff- und Energiebilanz, die zur selbständigen und proportionalen Entwicklung der Industrie des Landes ausreicht, außerdem wird Elektroenergie ausgeführt.

In unserem Land, das sich fest auf seine Industrie und sozialistische Landwirtschaft stützt, die sich nach Plan und gleichmäßig entwickeln, gibt es folglich keine Arbeitslosigkeit vielmehr werden jedes Jahr alle neuen arbeitsfähigen Kräfte vollständig bei gesellschaftlicher nützlicher Arbeit eingesetzt.



Auch schwierigste Projekte, wie ein neuer Staudamm am Drin...

Die dynamische Entwicklung der Produktion, die Kostensenkung und die erhöhte Effektivität der Wirtschaft haben die Finanzlage des Landes weiter gestärkt. Das finanzielle Gesamteinkommen wuchs um rund 9Prozent. Der Staatshaushalt bestritt die gesamte Finanzierung für die Entwicklung der Wirtschaft, die sozialkulturellen Maßnahmen und die für die Stärkung des Verteidigungspotentials des Landes notwendigen finanziellen Mittel. Er wird auch 1983 ausgeglichen sein und sogar einen Überschuß von 50 Millionen Lek aufweisen.

Dank der Entwicklung der Produktion und verschiedener Maßnahmen wuchs die Kaufkraft des Volkes, während die Warenzirkulation im Einzelhandel um rund 7 Prozent anstieg. Der Markt entwickelte sich besser und die Pro-Kopf-Konsumtion der wichtigsten Nahrungsmittel und Industrieerzeugnisse wuchs weiter an. Auf diese Weise stieg die Kaufkraft des Lek und wurden die Aufgaben auf dem Gebiet der Währungszirkulation erfüllt.

Die Planung der Volkswirtschaft gibt unserem sozialistischen Staat die Möglichkeit, die Intensität des „Währungsflusses" zu beherrschen und zu lenken und die Wirtschaft ohne Disproportionen, ohne Erschütterungen und Krisen voranzuführen.

Doch die Tatsache, daß in der SVR Albanien nicht die Bedingungen für die Entstehung und die Entwicklung der Krisen vorhanden sind, soll keineswegs heißen, daß die Weltkrisen nicht indirekt auch unser Land beeinflußt haben. Ihre Auswirkungen sind durch den Import und Export zu spüren, insbesondere durch den inflationistischen Durck der Preise und Währungen. Wir verkaufen und kaufen; unsere Organisierungsweise, unser sozialistisches System aber verhindern eine Beeinträchtigung des Lebensniveaus der breiten werktätigen Massen, man läßt nicht zu, daß sich dieser Druck unmittelbar und automatisch auf unsere Wirtschaft auswirkt.

Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß das kleine Albanien mit einer rund 3 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung, einst das rückständigste Land Europas, dem Druck und dem direkten Einfluß der Krise erfolgreich standhält.

Doch wenn wir keine Hilfen und Kredite vom ausländischen Kapital annehmen, so ist das nicht eine „Selbstisolation", nicht eine „Abkapselung", wie unsere Feinde herumreden. Albanien hat Handelsbeziehungen zu vielen Ländern der Welt. Der Handel ist für uns eben Handel, also freier und ausgewogener Warenaustausch, den wir niemals mit der Annahme von Krediten verwechseln, was etwas ganz anderes ist. Die Ablehnung von Hilfen, Anleihen und Krediten ist eine grundsätzliche marxistisch-leninistische These. Ihre praktische Umsetzung festigt die wirtschaftliche Unabhängigkeit, läßt kein Diktat fremden Kapitals in unserem Land zu. Sie trägt der erwiesenen Tatsache Rechnung, daß jedes Land, ob groß oder klein, wenn es seine Wirtschaftsentwicklung mit Schulden und Krediten verbindet, gegen die daraus erwachsenden Folgen nicht gefeit sein kann. Die sogenannten Hilfen, Schulden und Kredite und die entsprechenden Interessen sind nur eine Maske für den Kapitalexport, der eine Schlinge am Hals jener Staaten ist, die sie annehmen und die folglich gezwungen sind, sich diese Kandare umlegen zu lassen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit bringt unbedingt auch die politische Abhängigkeit mit sich. Mit den Hilfen, Anleihen und Krediten wird auch die Lebensweise jener exportiert, die sie geben, erfolgt die kulturelle Expansion des Stärkeren, der zugleich auch in die Traditionen, Sitten und die traditionelle einheimische Lebensweise des Nehmenden eindringt. Deshalb hat das sozialistische Albanien beschlossen und in seiner Verfassung verankert, daß es keinerlei Hilfen und Kredite von wem auch immer annehmen wird.

Umgekehrt kann es Hilfen und Kredite mit internationalistischem Charakter nur zwischen sozialistischen Ländern geben. Das ist eine Praxis, die die PAA akzeptierte, solange es wahrhaft sozialistische Länder gab. Aber auch diese Hilfen und Kredite sind nie bestimmend für unsere Wirtschaft gewesen. Sie hat sich immer in erster Linie auf die eigenen Kräfte gestützt, auf den Schweiß und die Selbstlosigkeit ihrer Werktätigen. Jeder Versuch, sie als Waffe für Druck und Drohungen oder als eine Möglichkeit zu nutzen, politische Konzessionen abzuverlangen, wurden von unserem Volk entschieden zurückgewiesen. Die teuflischen Ziele der Revisionisten haben unsere allseitige Wirtschaftsentwicklung nicht behindert. So war es 1948, so war es 1960 und auch wieder 1978. Angefangen bei den jugoslawischen Titoisten, über die Chruschtschowianer bis hin zu den chinesischen Revisionisten konnte man ihre Anmaßungen hören, sie gewährten uns eine großzügige und uneigennützige Hilfe, sie seien die Erretter, die auch sich selbst nicht geschont hätten! Sie haben aber vergessen, daß sie die gewährten Kredie zurückbezahlt bekommen haben, daß Albanien nicht nur von ihnen etwas erhalten hat, sondern auch ihnen gegeben hat, vor allem Rohstoffe, Erdöl, Chrom, Bitumen usw. auf der Basis der Gegenseitigkeit.

Albanien verzichtet nicht auf das Prinzip, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, und hat auf diesem richtigen Weg des sozialistischen Aufbaus große Erfolge erzielt. So wuchs das gesellschaftliche Gesamtprodukt um 4,4 Prozent an, das Nationaleinkommen um 4,5 Prozent, die industrielle und die landwirtschaftliche Gesamtproduktion um 4,7 bzw. 5 Prozent, die allgemeinen Finanzeinnahmen um 9 Prozent usw. Außerdem wurde das Investitionsvolumen vollkommen aus den eigenen materiellen, finanziellen Mitteln und Devisenreserven bewältigt. Der Staat bestritt auch selbst, ohne irgendwem die Hand hinzuhalten, die Ausgaben für die Beseitigung der Folgen der nicht seltenen Erdbeben und für die wiederholten Preissenkungen. All dies konnte unter den Bedingungen realisiert werden, da wir keinerlei Hilfen und Kredite angenommen haben.

Die Preise und die Errungenschaften unseres sozialistischen Landes Albanien bestätigen voll und ganz die marxistisch-leninistische These der PAA, daß jedes unabhängige und souveräne Land, wenn das ganze Volk sich einsetzt, wenn eine korrekte Wirtschaftspolitik bestimmt wird und alle Maßnahmen für die möglichst rationale Nutzung aller Reichtümer des Landes getroffen werden und diese im Interesse des Volkes verwaltet und gemehrt werden, den Sozialismus und sein eigenes glückliches Leben aufbauen kann, ohne anderen die Hand hinzuhalten, ohne Schulden und Kredite vom Ausland anzunehmen.



...oder die Terrassierung ganzer Landstriche werden in Albanien aus eigener Kraft realisiert.

Athener EG-Gipfel gescheitert

Es ging ums Geld — nicht um Ideale

Die große Westeuropäische Gemeinschaft, das starke Einigungswerk, die Gemeinschaft, zu der „es keine Alternative gibt", die EG ist nach dem Gipfeltreffen von Athen Anfang Dezember zerstrittener, uneiniger denn je. Nichts blieb von den hehren Worten, als sich die Regierungschefs der Mitgliedstaaten trafen, um die Finanzprobleme der EG zu beraten.

Kein Thema waren in Athen die mittlerweile 12 Millionen Arbeitslosen in den EG-Ländern, kein Thema die große Armut in vielen der südlichen Mitgliedsstaaten. Statt dessen stritt man sich tagelang um die Finanzierung des gemeinsamen Agrarmarktes, einer absurden Konstruktion, bestehend aus Maßnahmen der Subventionierung, der Lagerhaltung und Vernichtung von Agrarprodukten.



Die Verteilung der Finanzierungslasten gingen Mitterand zu weit, Kompromisse trug dann die Thatcher wieder nicht. Irland, Italien und Griechenland wollten keinerlei Einschränkungen ihrer Preisgarantie für Milchprodukte zulassen, Dänemark, Frankreich und die Benelux-Länder hatten da wieder andere Auffassungen als Westdeutschland und England. Ein Vorschlag, eine Fettsteuer einzuführen, wurde vor allem von Bonn, London und Den Haag abgelehnt, sie richtet sich nämlich vor allem gegen US-Importe, die den Markt in Westeuropa überschwemmen.

Die Aufstockung der EG-Finanzen überhaupt konnte auch nicht in Angriff genommen werden, Frankreich weigerte sich, einen festen Termin für den geplanten Beitritts Portugals und Spaniens zu akzeptieren.

So endete die Athener Tagung — auch von den Beteiligten unwidersprochen — in einem politischen Fiasko. Keine Abschlußerklärung, kein gemeinsames Kommunique, die Beteiligten waren nicht in der Lage, ihre Widersprüche zumindest verbal zu verdecken.

Gerade in den sich verschärfenden Krisenzeiten ist deutlich geworden, daß diese Europäische Gemeinschaft nichts anderes ist, als das Europa der Kapitalisten, das Europa der Monopole. Ihre Interessen zählen vor allem, die schärfer werdende Konkurrenz macht die Risse, die Widersprüche in der Gemeinschaft deutlich.

Ohne jetzt noch genauer auf die momentanen, aktuellen Streitereien in der EG einzugehen, drucken wir nachstehend einen kurzen Überblick über die Problematik des gemeinsamen Agrarmarktes ab. Dieser — gekürzte — Artikel stammt aus dem theoretischen Organ der KPD „Kommunistische Hefte". In der Nr. 7 befindet sich eine ausführliche Darstellung der Europäischen Gemeinschaft. „EG — Europa der Monopole" ist der Titel der Untersuchung. Das TO kann zum Preis von 6,— DM bestellt werden beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30

Alarmzustand in El Salvador

USA: Über El Salvador nach Nicaragua?

Wie der Sender der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN „Radio Venceremos" bekanntgab, kam es zu ersten Angriffen amerikanischer Hubschrauber auf Grenzorte in der Provinz Morazan, die die Guerilla kontrolliert. Die US-Kampfhubschrauber gehören zu den großen Truppenteilen, die gegenwärtig vor allem in Honduras das langandauernde Manöver „Big Pine II" durchführen.

Das Oberkommando der Befreiungsfront FMLN hat am vergangenen Wochenende sämtliche Truppen in Alarmzustand versetzt. Die Gefahr einer Intervention von Honduras aus wird immer größer. Die amerikanischen Kampfhubschrauber, die die befreiten Orte in El Salvador unter schweres Maschinengewehrfeuer nahmen, sind nach Angaben der US-Army lediglich wegen „Hilfeleistung zum Schulbau" in die Grenzgebiete entsandt worden.

Nach Angaben der FMLN werden seit dem 2. Dezember verstärkt Truppen der Manövereinheiten an die Grenze zu El Salvador verlegt.

In Honduras allein sind zur Zeit 5000 US-Soldaten, während weitere 25000 sich einsatzbereit auf den Flottenverbänden vor den Küsten Mittelamerikas bereithalten; bereithalten zur Invasion, wie die FMLN meint. Nach Einschätzung der Befreiungsfront soll in einer Aktion zunächst El Salvador überrannt und dann Nicaragua besetzt werden.

Eine wichtige Rolle spielt dabei der wiederbelebte reaktionäre „Zentralamerikanische Verteidigungsrat" (CONDECA). Dieses Militärbündnis war von den US-abhängigen Staaten Mittelamerikas nach der Revolution auf Kuba geschaffen worden und in den letzten Jahren praktisch aufgelöst gewesen. Die Reaktivierung dieses Bündnisses, dem Guatemala, Honduras und El Salvador angehören, bedeutet eine große Gefahr für die Region. Ein Hilferuf der Regierung von El Salvador z. B. könnte die Invasion des Landes bedeuten.

Erst in der vergangenen Woche hat US-Präsident Ronald Reagan ausdrücklich das „Recht" der USA verteidigt, in Mittelamerika militärisch zu intervenieren, falls die „Sicherheit der Vereinigten Staaten bedroht wird". Reagan betonte, er würde sich „unter den gleichen Umständen" wie in Grenada auch zur Invasion in einem anderen Land entschließen. Falls die USA — wie im Fall von Grenada — von verbündeten Staaten zu Hilfe gerufen würden, müßten sie entsprechend handeln.

Die „Vorbereitungen", die diplomatische „rechtliche" Absicherung hat sich der US-Imperialismus also schon zurechtgelegt. Bittet das Regime von El Salvador um „Hilfe" gegen die Aufständischen, oder aber würde der ganze CONDECA-Pakt Nicaragua für eine Gefahr erklären, wie es einige Karibik-Staaten mit Grenada gemacht haben, so müßten die USA „ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen".



John Buckle

Nachdem wir in der letzten Woche bereits die traurige Pflicht erfüllten, den Tod des Genossen John Buckle, Mitglied des Politbüros der Revolutionären Kommunistischen Partei Britanniens (M-L), des Gründers und Führers dieser Partei bekanntzugeben, erreichte uns auch von der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs die Benachrichtigung, daß ihre Genossin Bernadette Landru, Mitglied des Politbüros der PCOF, ebenfalls ein Opfer des ersten Madrider Flugzeugabsturzes wurde.

Unsere Partei, der beide verunglückten Genossen bekannt waren, teilt den Schmerz der Genossen in Frankreich und Britannien um diesen großen Verlust für die beiden Bruderparteien.



PARTI COMMUNISTE DES OUVRIERS DE FRANCE

Comité Central

Paris, le samedi 3 décembre 1983.

AU COMITE CENTRAL DU Parti Communiste d'Allemagne

Chers camarades,

Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF)
Zentralkomitee
An das ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands

Liebe Genossen,
schmerzerfüllt teilen wir euch den Tod der Genossin Bernadette Landru, Mitglied des Politbüros unserer Partei, mit. Die Genossin verstarb bei dem Unfall der Avianca-Boeing nahe Madrid am Sonntag den 27. November, als sie von unserer Partei entsandt war, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, die auf Einladung der KP Kolumbiens (M-L) stattfand.

Mit dem Hinscheiden der Genossin Bernadette Landru erfahren unsere Partei und ihre Führung einen schmerzlichen Verlust. Ein Verlust, der auch die Gesamtheit der marxistisch-leninistischen Parteien betrifft, denn die Genossin Bernadette Landru war eine international bekannte Führerin unserer Partei, bekannt dafür, daß sie mit Konsequenz und prinzipienfestem Geist für die Stärkung der Verbindungen zwischen den Parteien und für die Entwicklung des proletarischen Internationalismus gearbeitet hat.

Unsere Partei, treu dem Ideal, das Genossin Bernadette anspornte, wird sich anstrengen, diese Prüfung zu bestehen, ihren Schmerz in Kraft zu verwandeln und ihren Kampf für den Triumph des Sozialismus in Frankreich und der ganzen Welt mit erneuter Entschlossenheit fortzusetzen.
Mit brüderlichen Grüßen
Das ZK der KAPF

Der Gemeinsame Agrarmarkt

In *einem* Bereich der EG-Wirtschaft haben sich überstaatliche Regulierungsmechanismen stark durchgesetzt: in der Landwirtschaft. Allerdings steht gerade dieser Bereich, auf den heute etwa zwei Drittel der gesamten EG-Ausgaben entfallen, auch traditionell im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen der Mitgliedsländer.

Schon bei der Gründung der EWG prallten hier unterschiedliche Interessen der BRD und Frankreichs aufeinander, die sich zunächst aus dem unterschiedlichen Grad der Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten ergaben. Die BRD war bei nahezu allen Produkten auf Einfuhren angewiesen. Sie hatte ein Interesse an Importen aus Übersee, die wesentlich billiger waren als Importe aus Frankreich. Zudem wollte sie bei ihren Agrareinfuhren im Interesse der beginnenden Weltmarkt-Offensive der Industrie möglichst flexibel bleiben: landwirtschaftliche Einfuhren beispielsweise aus den USA sollten als Hebel benutzt werden, um möglichst günstige Bedingungen für westdeutsche Industrieexporte in die USA zu erreichen.

Frankreich dagegen hatte schon bei Gründung der EWG Überschüsse in der Agrarproduktion, die sich wegen des hohen Preisniveaus auf dem Weltmarkt nur mit staatlichen Subventionen absetzen ließen. Deshalb verlangte die französische Regierung von Anfang an, den Gemeinsamen Markt auch auf landwirtschaftliche Produkte auszudehnen, während Bonn diese Erzeugnisse vom Gemeinsamen Markt ausschließen wollte. Man kann nun allerdings nicht sagen, daß sich Frankreich in dieser Auseinandersetzung durchsetzte. Denn die französischen Imperialisten machten ihre Zustimmung zur EWG von der Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes abhängig. Ohne ein Zugeständnis in dieser Frage hätte es also auch keine Freizügigkeit im Austausch von Industrieprodukten zwischen Frankreich und der BRD gegeben, was wiederum die Expansion der überlegenen westdeutschen Industriemonopole nach Frankreich gehemmt hätte.

Der Gemeinsame Agrarmarkt bedurfte von vornherein einer wesentlich stärkeren Regulierung als der Markt für industrielle Produkte. Denn im landwirtschaftlichen Sektor der EWG bestanden so große Unterschiede im Produktivitäts- und Preisniveau, daß ein freier Handel nicht möglich war. (...) Dabei waren die Preise in den einzelnen Ländern im wesentlichen Ergebnisse der jeweiligen staatlichen Preispolitik. Denn aufgrund des historischen Rückstands der westeuropäischen Landwirtschaft im Produktivitätsniveau gegenüber den USA, Kanada, Australien und Neuseeland mußten die Staaten der späteren EWG auch schon vor der Gründung der Gemeinschaft die einheimische Landwirtschaft mit garantierten Mindestpreisen vor der Weltmarktkonkurrenz schützen.

Nach der Bildung des Gemeinsamen Agrarmarkts bestand also die Aufgabe, eine einheitliche Preispolitik zu entwickeln. Der EG-Kommission wurde zu diesem Zweck auf einen 1962 gefaßten Beschluß des Ministerrats hin mit den Marktordnungen ein Instrument zur Vereinheitlichung der Agrarpreise auf einem jeweils zu bestimmenden Niveau in die Hand gegeben. Diese Marktordnungen, die inzwischen für fast alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse gelten, enthalten jeweils folgende Preiskategorien: Richtpreis, Grundinterventionspreis und Schwellenpreis.

Der Richtpreis für ein Produkt wird vom Ministerrat beschlossen und ist zunächst eine Orientierungsmarke für den Preis, den der landwirtschaftliche Erzeuger auf der Großhandelsstufe erzielen soll. Die wirklich gezahlten Preise werden allerdings zwischen den landwirtschaftlichen Produzenten und den Großhändlern ausgehandelt. Damit der vom Ministerrat vorgegebene Richtpreis und der tatsächlich erzielte Erzeugerpreis annähernd übereinstimmen, muß die EG-Kommission dann weitere Regulierungsinstrumente anwenden. Zunächst muß sie verhindern, daß Produkte aus Drittländern unter dem Richtpreis auf dem EG-Markt angeboten werden können. (...)

Ein Verfall der Agrarpreise droht aber nicht nur durch die Weltmarktkonkurrenz, bei freien Marktverhältnissen würden natürlich auch die in der EG erzeugten Überschüsse auf die Preise drücken. Einen Preisverfall aus diesen Ursachen soll der Interventionspreis verhindern. Sobald die Marktpreise unter dieses Niveau sinken, müssen die Interventionsstellen der EG die betroffenen Produkte zu diesem Interventionspreis und in unbegrenzter Menge aufkaufen.

Damit ist faktisch eine Absatzgarantie für landwirtschaftliche Produkte geschaffen worden, die einerseits die Preise stabil hält, andererseits aber auch die Überschußproduktion anregt. Um die von den Interventionsstellen angekauften Produkte wieder in den Markt zurückzuschleusen, sehen die Marktordnungen auch Exportsubventionen vor. Der Exporteur bekommt jeweils die Differenz zwischen dem EG- und dem Weltmarktpreis von der EG erstattet. (...)

Dieses Anschwellen der Ausgaben hat zu erheblichen Finanzierungsproblemen geführt und die Widersprüche zwischen den Mitgliedsländern weiter verschärft. Während die Netto-Empfängerländer (solche Länder, die mehr Mittel aus dem Fonds beziehen als sie einzahlen) und die Vertreter des Agrarbereichs auf eine Erhöhung des in den EG-Haushalt fließenden Anteils an der Mehrwertsteuer der einzelnen Mitgliedsländer von derzeit 1 auf 1,5 Prozent orientierten, drängten die anderen Länder auf rigorose Einsparungen im Agrarhaushalt.

Daß für die Durchsetzung der erstgenannten Position keine Chancen bestehen, zeigte sich in diesem Juni, als der EG-Gipfel in Stuttgart der EG-Kommission den Auftrag erteilte, ein Sparkonzept für den Agrarbereich auszuarbeiten. Die Kommission legte schon einen Monat später ihre Vorschläge vor. Danach sollen für die Milchwirtschaft, die die höchsten Überschüsse erzeugt, Produktionsquoten eingeführt werden, und zwar in der Form, daß zunächst die Produktion auf den Stand von 1981 eingefroren wird. Daneben will die Kommission den Absatz von Butter durch die Erhebung einer Steuer auf Pflanzenfette verbessern. Dadurch würde die Margarine verteuert und die Einfuhr von Sojaöl aus den USA getroffen. Auch der Import von Futtermitteln aus den USA soll begrenzt werden, womit die Kommission eine alte französische Forderung aufgegriffen hat, denn Frankreich dringt schon lange darauf, diese US-Importe durch französisches Überschuß-Getreide zu ersetzen. Dagegen allerdings hat der EG-Kommissar für auswärtige Beziehungen, Haferkamp, sofort energischen Protest eingelegt. Er warnte vor einem Konflikt mit den USA. Das trifft auch die Positionen der Bonner Regierung, die im Interesse der westdeutschen Industrieexporte eine weitere Verschärfung des Agrar-Handelskrieges mit den USA vermeiden will.

Der weitere Streit um die Agrarordnung der EG ist also vorprogrammiert. (...)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1 Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2 Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Im Bonner Familienministerium

Aufklärungsbroschüren und Filme eingestampft

BONN. — Wie erst jetzt bekanntgeworden ist, hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vor zwei Monaten auf Anweisung des Bundesfamilienministeriums eine siebenteilige Filmserie und Arbeitsmappen zur Sexualerziehung eingestampft. 219 Filmkopien und fast 80000 Exemplare der Broschüre „Betrifft: Sexualität" im Wert von rund 600000 DM wurden vernichtet.

Die Materialien — 1976 von der dem Familienministerium unterstellten Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung selbst entwickelt — waren 1981 wegen der großen Nachfrage vergriffen. Kurz vor der „Wende" in Bonn, im Oktober 1982, hatte man eine Neuauflage in Auftrag gegeben, es lagen schon damals 11000 Bestellungen vor, die nicht mehr bearbeitet werden konnten.

In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SPD erläuterte der Staatssekretär im Familienministerium die Gründe für die Vernichtungsaktion: Die Arbeitsmappe „Betrifft Sexualität" sei, „für eine weitere Verwendung nicht geeignet". „Ein Teil der Bögen", so der Staatssekreätr Werner Chory, enthalte „Aussagen und bildliche Darstellungen, die den Vorstellungen der Bundesregierung über eine wertorientierte Sexualpädagogik nicht entsprachen, weil darin Sexualität auch ohne Liebe und ohne tiefere gefühlsmäßige Bindungen propagiert, sittliche Normen abgewertet und der Wert der grundgesetzlich geschützten Institutionen Ehe und Familie in Frage gestellt werden". Besonders schlimm fanden es die Leute im Ministerium, daß es unter anderem in der Broschüre geheißen hat: „Sex nur bei Liebe kann deshalb keine moralische Forderung sein. Ob es richtig ist, zu bumsen oder nicht zu bumsen, könnt also im Grunde nur ihr miteinander entscheiden." Das soll nicht mehr verbreitet werden, die rechten Wendepolitiker — gerade die Heuchler im Familienministerium — wollen diese Entscheidungsfreiheit nicht, die „sittlichen Normen" dieser Leute stellen Ehe und Familie über alles.

Besonders skandalös an der Vernichtungsaktion ist noch, daß sich zwar die „Deutsche Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualforschung" angeboten hatte, das im Ministerium so unbeliebte Material zu übernehmen, das Familienministerium der Gesellschaft aber nur lapidar mitteilte, die Vernichtungsaktion sei bereits abgeschlossen. Der Reißwolf, oder Feuer und Flamme — das sind die Antworten unserer ach so christlichen Politiker auf die ersten Ansätze aufgeklärter Sexualerziehung, die in der Zeit der sozialliberalen Koalition gemacht wurden. Was jetzt kommt, geht rückwärts. Ein erstes Projekt „wertorientierter Sexualpädagogik", so verlautet in Bonn, sei kurz vor der Fertigstellung. Ein Film mit dem Titel „Uwes erste Liebe". Gespannt darf man sein, ob man per Blütenstaub oder Bienen zu erklären, aufzuklären versucht...



... auch wenn's Geißler und Kohl nicht wollen oder nicht wissen!

Paukers Peepshow?

Schulrektor Leo Schmid von der Realschule „Heese" im niedersächsischen Celle hatte die Idee. Bei seinen Aufsichtsrundgängen im Mädchenklo hatte er manchmal Rauchschwaden über den Toilettentüren gesehen, konnte aber meist niemanden konkret überführen. Mit seiner Idee wollte er Abhilfe schaffen.

Am vergangenen Montag realisierten Handwerker des kommunalen Bauamtes von Celle die Idee des Rektors. **Sie bohrten fachmännisch sechs Zentimeter große Rundlöcher in Augenhöhe in die Klotüren. Die Löcher sollten den aufsichtsführenden Lehrkräften den Blick auf die paffenden Mädchen ermöglichen, so Rektor Schmid.**

Große Empörung, sowohl bei den Mädchen, als auch in der Stadt selbst, führte aber dazu, daß die Löcher schon am nächsten Morgen — zunächst provisorisch mit Klebeband — wieder geschlossen waren. Damit auch Paukers Peepshow.

Das Weihnachtsgeschenk

KJD-Sommerzeltlager

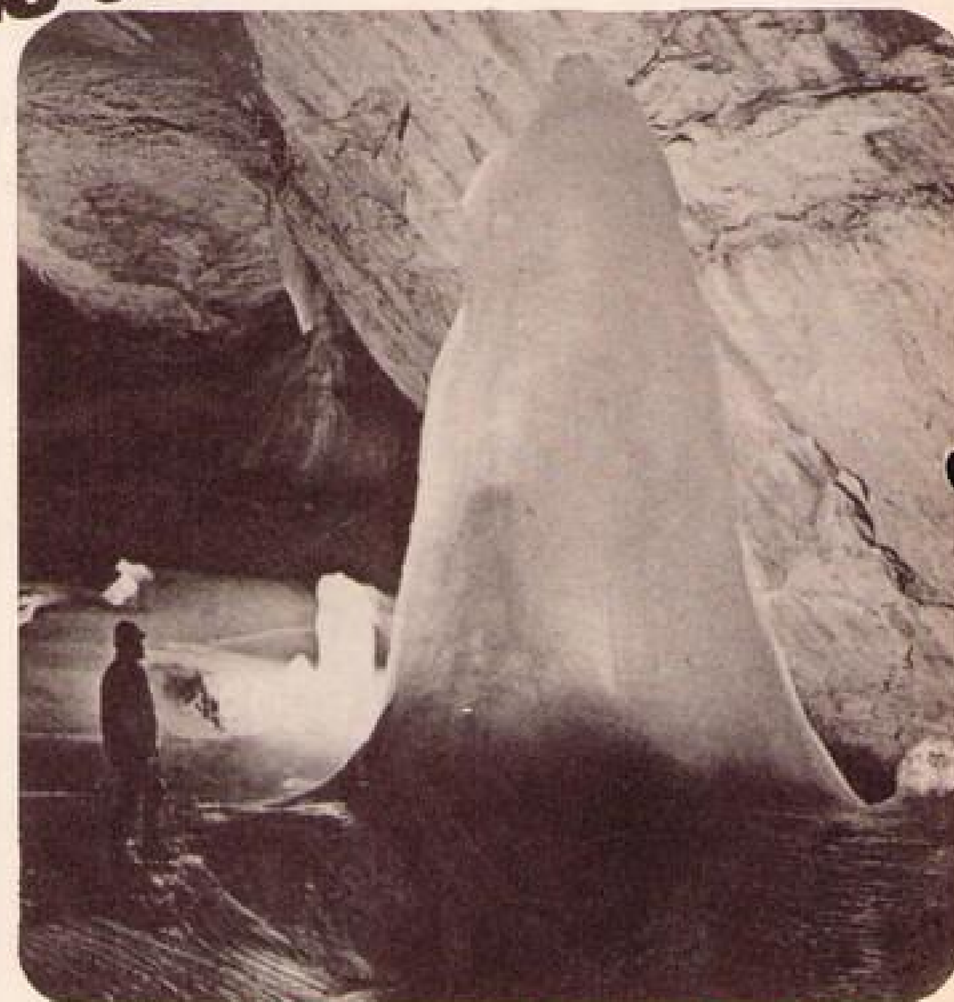
Attersee/Österreich 21.7. bis 11.8.84



Sozialismus — was denn sonst!

Ort: Vier Sterne Jugendzeltplatz „Europa-Camp" der Sozialistischen Jugend Österreichs, Weißenbach am Attersee, Salzkammergut.

Sozialismusdiskussion — „Wie wir uns ein sozialistisches Deutschland vorstellen"
Auf den Spuren der ODESSA (Nachfolgeorganisation der NSDAP, die im Salzkammergut noch heute ihre Stützpunkte hat)
Ausflüge zu den Höhlen des Dachsteinmassivs und in die Salzbergwerke
Veranstaltungen gemeinsam mit anderen Gästen des Lagers
Schwimmbad des Zeltlagers
Wanderungen, Bergsteigen, Filmabende, Feste etc.



Kosten

(Inklusive Zeltplatzgebühr, Duschgebühren, Programm, Verpflegung, Ausflüge)

Anmeldung	Wer weniger als 500DM monatlich verdient	Wer mehr als 500DM monatlich verdient
bis zum 15.6.84	395DM	495DM
ab dem 16.6.84	455DM	555DM

Anmeldung ab sofort!

Ich melde mich **verbindlich** zur Teilnahme am KJD-Sommerzeltlager (21.7. bis 11.8.84) in Weißenbach/Östereich an.
Ich habe 50DM Anzahlung auf das Konto, Postscheckamt Dortmund, Konto-Nr. 13456-464 (BLZ 44010046), überwiesen. Den Restbetrag überweise ich bis zum 15.6.84.
Name:.................................. Vorname: ....
PLZ/Wohnort:.. Straße ....
Telefon: .... Beruf: ....
Alter: ....
....
Ort, Datum, Unterschrift (Bei Kindern müssen die Erziehungsberechtigten auch unterschreiben) Einsenden an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Pe-Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.